

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Korrigiertes Wortprotokoll

40. Sitzung

Berlin, den 13.04.2011, 09:45 Uhr
Sitzungsort: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1 / Schiffbauerdamm, 10117 Berlin
Sitzungssaal: 3.101 (Anhörungsaal)

Vorsitz: Eva Bulling-Schröter, MdB
Stellv. Vorsitz: Horst Meierhofer, MdB

Einzigter Punkt der Tagesordnung

Öffentliche Anhörung

„25 Jahre Reaktorkatastrophe Tschernobyl“

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Brand, Michael
Caesar, Cajus
Dött, Marie-Luise
Flachsbarth, Maria, Dr.
Gebhart, Thomas, Dr.
Göppel, Josef
Hirte, Christian
Jung, Andreas
Koeppen, Jens
Liebing, Ingbert
Nüßlein, Georg, Dr.
Paul, Michael, Dr.
Petzold, Ulrich

SPD

Becker, Dirk
Bollmann, Gerd
Bülow, Marco
Kofler, Bärbel, Dr.
Miersch, Matthias, Dr.
Schwabe, Frank
Vogt, Ute
Wolff, Waltraud

FDP

Brunkhorst, Angelika
Kauch, Michael
Knopek, Lutz, Dr.
Meierhofer, Horst
Skudelny, Judith

DIE LINKE.

Bulling-Schröter, Eva
Lenkert, Ralph
Menzner, Dorothee
Stüber, Sabine

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fell, Hans-Josef
Krischer, Oliver
Ott, Hermann, Dr.
Steiner, Dorothea

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

Bareißen, Thomas
Bilger, Steffen
Brinkhaus, Ralph
Gerig, Alois
Heider, Matthias, Dr.
Kruse, Rüdiger
Lehmer, Max, Dr.
Poland, Christoph
Pols, Eckhard
Röring, Johannes
Ruck, Christian, Dr.
Rüddel, Erwin
Schindler, Norbert

Bartol, Sören
Burkert, Martin
Hempelmann, Rolf
Kelber, Ulrich
Lemme, Steffen-Claudio
Lösekrug-Möller, Gabriele
Röspel, René

Breil, Klaus
Happach-Kasan, Christel, Dr.
Kober, Pascal
Solms, Hermann Otto, Dr.
Staffeldt, Torsten

Dittrich, Heidrun
Leidig, Sabine
Petermann, Jens
Weinberg, Harald

Höhn, Bärbel
Kotting-Uhl, Sylvia
Kurth, Undine
Maisch, Nicole

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigegefügt.

Bundesregierung

Bundesrat

Fraktionen und Gruppen

40. Sitzung

Beginn 09:48 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung

„25 Jahre Reaktorkatastrophe Tschernobyl“

dazu Sachverständige

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.)

SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk)

SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB)

SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4):

SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM)

SV Tatiana **Novikova** (Journalistin)

SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen)

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales)

SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament)

SV Natalia **Zarudna** (Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Ukraine)

Vorsitzende: Sehr verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte Sie herzlich begrüßen zur unserer heutigen öffentlichen Anhörung „25 Reaktorkatastrophe Tschernobyl“.

Ich denke, es ist parlamentswürdig, auch nach 25 Jahren dieser Katastrophe darauf hinzuweisen, die Geschichte aufzuarbeiten, zumal dies kein Einzelfall war, sondern wir jetzt in absehbarer Zeit vielleicht dann auch Gedenkveranstaltungen, Anhörungen zu Japan, zu Fukushima oder vielleicht zu einem anderen AKW in Japan machen werden. Ich

möchte mich vor allem bei den Sachverständigen, die heute angereist sind, ich hoffe die drei fehlenden kommen noch, bedanken, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Wir freuen uns sehr, dass Sie kommen konnten, uns Rede und Antwort stehen, und es ist uns allen gemeinsam als Ausschuss wichtig, auch die Hilfsorganisationen zu unterstützen, nicht nachzulassen in der Hilfe für Menschen, die auch wirklich unserer Hilfe bedürfen.

Wir haben eine Gliederung gemacht, um dann auch diskutieren, nachfragen zu können und möchten mit dem Ausmaß der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl als ersten Teil beginnen, dann als zweiten Teil europäische Solidaritätsbewegung, strukturelle Kooperation, gesundheitliche Versorgung, Kindererholung. Als dritten Punkt technische Hilfsprojekte, internationale Zusammenarbeit und als viertes dann überleiten zu den neuen Ereignissen in Fukushima, radiologische Konstellationen, technische Hilfeleistung, Rückschlüsse auf Kernkraftwerke auch in Deutschland. Ich möchte beginnen und zuerst SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) das Wort geben. Ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen. Er war Liquidator. Herzlichen Dank, dass Sie kommen konnten. Wir haben jetzt vereinbart, dass alle sachverständigen Rednerinnen und Redner 8 Minuten Zeit haben. Wir haben ungefähr den Zeitplan so gestrickt, dass anschließend noch Möglichkeiten zu Nachfragen bestehen und bitte jetzt SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) als ersten zu Wort.

SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament): Vielen Dank für Ihre Einladung. Ich freue mich sehr, Sie hier alle begrüßen zu können. Ich bin aus der Ukraine hierhergekommen. Ich war 1986 einer der Liquidatoren im Atomkraftwerk in Tschernobyl. Aber nach alledem, was ich dort gesehen und erlebt habe, wurde mein Charakter verdorben. Ich war Abgeordneter des ukrainischen Parlaments, Werchowyna Rada, in der ersten Wahlperiode und habe mich vorwiegend mit den Folgen der Tschernobyl-Havarie befasst, insbesondere auch mit den Folgen für die Atomenergetik im Land. Zu dieser Zeit, als die Ukraine unabhängig wurde, 1991, haben wir uns mit den gesetzlichen Grundlagen für die Atomenergetik befasst. Das habe ich in großem

Maße persönlich mitgetragen. Ich muss sagen, dass die Erfahrungen, die wir gemacht haben, nicht ausreichend positiv sind, denn die Folgen der Reaktorkatastrophe sind bis heute noch nicht überwunden. Wenn wir sehen, was jetzt in Fukushima passiert, dann ist es so, dass sich die gleichen Probleme dort auch widerspiegeln. Es sind also nicht genügend Spezialisten dort, die tatsächlich mit diesen Problemen umgehen können, die in angemessener Weise mit den Gefahren der Verstrahlung dort umgehen können. Wir müssen objektive Schlussfolgerungen daraus ziehen, was passiert ist. Die erste Schlussfolgerung ist, dass wir in dieser Zeit faktisch die Gründe tatsächlich aufklären können, die dazu geführt haben, dass dieses Unglück damals vor 25 Jahren in Tschernobyl passiert ist. Allerdings ist die Wahrheit leider so, dass niemand damit richtig glücklich ist, denn es ist so, dass man merkt, dass versucht wird, das möglichst unverständlich darzustellen. Der erste Grund wurde benannt, es war tatsächlich ein unglückliches Zusammentreffen unglücklicher Umstände, ein unerwartetes Ereignis. Aber man muss sagen, dass es gar nicht in dem Maße unerwartet war, wie es dargestellt wird. Denn einerseits war der Reaktor von neutronenphysikalischer Seite her nicht ausreichend vorbereitet und erforscht. Man musste also noch einen Schritt tun, um aus der aktiven Zone die Brennstäbe entfernen zu können. Der Reaktor hat sich in der Rolle gezeigt, wie das auch am 26. April 1986 passiert ist. Die Hauptgründe waren tatsächlich menschliche Ursachen. Es lagen falsche Berechnungen zugrunde, die von Menschen ausgeführt worden waren. Man war nicht aufmerksam genug, um das zu beherrschen. Faktisch ist es so, dass die Menschen immer versuchen, sich klüger darzustellen, als sie es tatsächlich sind. Innerhalb von 2 Jahren nach dem Unglück haben wir noch eine weitere Reihe von Umständen aufklären können, die den Charakter dieser Havarie aufzeigen, den Zufall, die Dampfexplosionen, die es da angeblich gegeben hat. Es gab eine Explosion. Das war eine Kernexplosion in ziemlich großer Höhe über dem zentralen Maschinensaal in Tschernobyl. Der gesamte Kernbrennstoff, der sich in der Zone dieser Explosion befunden hat, wurde sublimiert, also in einen gasförmigen Zustand überführt. Wir hatten den Umstand zu verzeichnen, dass diese Teilchen sehr hoch, teilweise bis in die Stratosphäre ausgeworfen wurden und anschließend niedergeschlagen sind. Es ist leider nicht so, dass die radioaktiven Eigenschaften ab einer bestimmten Höhe verloren gehen. Diese Teilchen setzen sich auch in den Ozeanen ab und auf der Erdoberfläche. Das ist natürlich ein schlechtes

Zeichen, dass wir uns immer noch an dem Modell orientieren, dass wir zu Anfang zur Erklärung angenommen hatten, um den Menschen zu helfen, die dort geschädigt wurden. Wir arbeiten mit diesen alten Modellen. Wir haben jetzt Folgen dieses Unglücks, die wir mit Hilfe dieser Modelle nicht ausreichend erklären können. Ich kann von einem Gebiet innerhalb der Sperrzone berichten. Ivankovski im Kiewer Gebiet. Das Gebiet ist das größte von der Fläche und das mit der geringsten Bevölkerungsdichte. Wir haben dort eine Bevölkerungsdichte von nur 9 Personen pro Quadratkilometer. Aber allein in diesem Gebiet existiert eine dreimal so hohe Kindersterblichkeit, wie in der Ukraine insgesamt. Obwohl wir dort eigentlich keine Anzeichen dafür haben, dass radiologische Kennziffern überhöht sind. Es ist so, dass man sicherlich besser schläft, je weniger man weiß. Wir müssen sagen, dass wir bis 2050 damit rechnen müssen, dass die Hälfte der Bevölkerung in der einen oder anderen Form davon betroffen ist. Wir müssen weitergehen, auch ausgehend von den neuen Daten, die wir inzwischen erhoben haben. Die nächsten Schritte müssen darauf gerichtet sein, dass wir uns unmittelbar damit befassen, in welcher Umwelt, in welchem Milieu die Menschen heute leben, wie also die Luft beschaffen ist, die sie atmen, wie das Wasser beschaffen ist, das sie trinken, wie der Boden aussieht, von dem sie leben und ihre Ernte einbringen. Es gibt die Möglichkeit, unsere Umgebung besser zu erforschen. Ich muss dazu sagen, dass sie allein bisher nicht in ausreichendem Umfang über solche Daten verfügen. Die zweite Frage ist natürlich, die Frage des Atommülls. Bisher handelt es sich um ungefähr 120 Millionen Kubikmeter, die einfach nur auf dem Territorium der Ukraine liegen und in einem völlig ungenügendem Maße gesichert sind. Sie sind bisher nicht ausreichend abgegrenzt. Ebenso die Reaktorblöcke des AKW Tschernobyl, da wird es sich um ungefähr 10 Millionen Kubikmeter handeln. Auch das ist ein sehr großes Problem, zumal diese Probleme bisher noch nicht geklärt sind. Wir brauchen unter anderem hierzu Ihre Hilfe. Natürlich bin ich Ihnen dankbar, dass Sie mich hierher zu dieser Anhörung eingeladen haben und dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank für Ihren Bericht. Ich möchte weitergehen, SV Natalia Zarudna (Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Ukraine). Ich begrüße Sie und möchte Sie um das Statement bitten.

SV Natalia **Zarudna** (Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Ukraine): Sehr geehrte Frau Vorsitzende. Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sprechen zu dürfen. Ich spreche nicht nur als Botschafterin der Ukraine, sondern auch als Augenzeugin. Ich habe dieses Unglück nicht nur in Kiew erlebt, sondern ich bin auch persönlich sechsmal in Tschernobyl vor Ort gewesen. Die zurückliegenden 25 Jahre seit der schrecklichen Katastrophe waren für die Ukraine, für Europa und die ganze Welt Jahre der Lehre und der entsprechenden Konsequenzen. Jedes Land hat seine eigenen Konsequenzen gezogen. Was mein Land betrifft, so gab Tschernobyl einen sachlichen Anstoß zur Entwicklung der Demokratie. Denn die Leute haben dadurch den antisozialen Charakter der Sowjetmacht begriffen, die versucht hat, das wahre Ausmaß der Katastrophe zu verheimlichen. Die Katastrophe von Tschernobyl brachte die ukrainische Gesellschaft zu der Konsensentscheidung, auf Atomwaffen zu verzichten. Die ukrainische Gesellschaft hat verstanden, dass dieser Technologie als solcher Unheil folgen kann. Alles hängt vom menschlichen Faktor sowie von den Zielen der Nutzung ab. Gerade deswegen hat man entschieden nein zu Atomwaffen gesagt. Gerade deswegen hat man die Notwendigkeit erkannt, den höchsten Wert auf die Sicherheit zu legen, die Kultur der Atomsicherheit zu entwickeln, die Transparenz und Offenheit in diesem Bereich zu führen sowie die internationale Zusammenarbeit auf breiter Basis zu stärken. Die Ukrainer unterstützen tatkräftig und trugen wesentlich zu einer Reihe von Ausarbeitungen und Verabschiedungen - im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde - von internationalen Abkommen über die Sicherheit der friedlichen Nutzung der Atomenergie bei. Mein Land unterstützt aktive, internationale Bemühungen im Bereich der Atomabrüstung und der Nichtweiterverbreitung. Auf dem Washingtoner Gipfel für die Atomsicherheit vor einem Jahr, erklärte der Präsident der Ukraine die Absicht, die Restbestände des hochangereicherten Atommaterials zu vernichten. Die Ukraine erfüllt bereits ihre Verpflichtungen. Solche Materialien wurden aus der Ukraine ausgeführt. Seinerzeit wurde auch der Beschluss über den Baustopp neuer Atomreaktoren gefasst. Zwar wurde dieser Beschluss später teilweise revidiert. Doch der Beschluss über den Baustopp eines AKW's auf der Krim als einer erdbebengefährdeten Gegend, wurde ungültig und umkehrbar. Die jüngsten Ereignisse in Japan haben erneut die Aufmerksamkeit auf die Atomsicherheit und

Atomenergie und im Allgemeinen die Energieversorgung gerichtet. Meiner Meinung nach geht es dabei um eine sehr komplizierte und vielseitige Aufgabe, die keine Patentlösung kennt. Wir sind der Auffassung, dass die entsprechende Diskussion auch ausgewogen, vielseitig und pragmatisch gestaltet werden soll, um das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Ohne Zweifel bemüht man sich in der Ukraine um die Entwicklung der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz. Dennoch will man in der Ukraine nicht auf die Atomenergie verzichten. Dabei soll auch weiterhin für das hohe Niveau der Sicherheit der laufenden AKW's gesorgt werden. Der Präsident der Ukraine stellte fest, dass sich die Ukraine als europäischer Staat dem Programm zur vertieften Überprüfung der Sicherheit der AKW's in Europa anschließen und entsprechende Tests durchführen werde. All diese Fragen werden im Mittelpunkt der Diskussion beim Kiewer Gipfel für die Sicherheit und die innovative Nutzung der Atomenergie am 19. April stehen. Meine Damen und Herren, die unabhängige Ukraine hat die ganze Last der Folgen der Tschernobylkatastrophe geerbt, die noch mehr wirtschaftliche, soziale und psychologische Schäden gebracht hat. Lassen Sie mich nur einige Tatsachen anführen: Insgesamt kostete Tschernobyl den ukrainischen Staat bereits 12 Milliarden US-Dollar. Laut Expertenschätzungen werden bis 2015 die gesamten wirtschaftlichen Verluste der Ukrainer etwa 179 Milliarden US-Dollar betragen. Was die Folgen für die Landwirtschaft der Ukraine betrifft so bewahrheitete sich das schlimmste Szenario. Etwa 5 Millionen Hektar der Böden die landwirtschaftlich genutzt wurden und auf denen ca. 3 Millionen Menschen lebten, wurden radioaktiv verseucht. Mit Stand vom April 2010 haben über 2,3 Millionen Menschen den Status „Betroffener vom Tschernobylunglück“. Davon sind eine halbe Million Kinder. Die Zahl der Geschädigten in Folge der Teilnahme an der Beseitigung der Folgen des Unfalls sowie der Betroffenen nimmt zu. Heutzutage sind es über 100.000 Erwachsene und 2.600 Kinder. Laut Angaben des nationalen Zentrums für Radioaktivmedizin sind in der Zeit 1987 bis 2004 über 50.000 Menschen verstorben. Darunter ca. 7.000 Kinder, die unter Aufsicht der Ärzte in Kliniken waren. Die Folgen sind auch heute spürbar. Nicht nur die Ukraine wurde getroffen, doch gerade auf ihrem Territorium befindet sich die Quelle der radioaktiven Gefahr. Deswegen wurden auf dem Territorium der Ukraine große internationale Projekte gestartet, die mit der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft umgesetzt werden. Wir hoffen

sehr, dass während der Geberkonferenz in Kiew am 19. April die notwendige Summe gesammelt wird, um die Projekte erfolgreich zu vollenden und die sichere Ummantelung über den Reaktor zu errichten. Meine Damen und Herren, die Ukraine ist Deutschland für die konstruktive Haltung zu dieser Frage, insbesondere für den bereits geleisteten gewichtigen Beitrag sehr dankbar. Wir danken herzlich 1.000 deutschen Staatsbürgern, die innerhalb der vergangenen 25 Jahre die Ukraine mit der Tragödie nicht allein gelassen haben, die humanitäre Hilfe für Menschen geleistet haben. Ich danke Ihnen.

Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank Frau Botschafterin. Ich rufe jetzt auf: SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk).

SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich würde gerne anknüpfen an das, was meine Vorrednerin Frau Botschafterin aufgezählt hat, nämlich auf den Schaden zu sprechen zu kommen, den der Reaktorunfall vor 25 Jahren in meinem Gastland der Republik Belarus verursacht hat. Man darf nicht vergessen, dass 70 % des radioaktiven Fallouts auf das Gebiet der Republik Belarus fiel, d. h. 23 % des gesamten Territoriums waren nach dem Unfall radioaktiv verseucht mit den Spätfolgen bis heute. Wenn man Berechnungen glauben schenken darf, dann wird sich bis zum Jahr 2015 der volkswirtschaftliche Schaden in dem Land, was nun wahrlich nicht zu den reichsten Ländern Europas zählt, auf 235 Milliarden US-Dollar belaufen. Dieses muss eine Volkswirtschaft verkraften, die selber über erhebliche strukturelle Mängel verfügt und die in der Tat kaum in der Lage ist, alleine diesen Schaden zu bewältigen. Sicherlich hat nach dem Eintritt der Reaktorkatastrophe der belarussische Haushalt ungefähr ein Viertel seiner Mittel für die Folgenbeseitigung ausgegeben. Das ist im Laufe der Jahre erheblich gesunken auf 12 % des Haushalts pro Jahr. Wenn man vielleicht als letzte Zahl nimmt, was in dem Zeitraum 2006 bis 2010 aus dem Haushalt aus verschiedenen Quellen des Haushalts geflossen ist, so sagen die jüngsten Zahlen die Ende März vom Katastrophenministerium veröffentlicht worden sind, dass hierfür 1,5 Milliarden US-Dollar ausgegeben wurden. Das ist für einen Haushalt, der sich pro Jahr je nach Berechnungen zwischen 10 und 12 Milliarden Dollar bewegt, eine ganz erhebliche Summe und zeigt, welche volkswirtschaftliche Belastung bis heute die

Tschernobylkatastrophe für dieses Land hat. Umso bedeutender ist die internationale Hilfe. Ich weiß, dass SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB) anschließend hierzu noch mehr zu sagen hat und noch qualifiziertes zu sagen hat, aber aus Sicht der Botschaft ist es halt enorm wichtig, dass internationale Solidarität gezeigt wurde. Wenn man sich die politische Situation in dem Land - die kennen Sie ja alle genauso gut wie ich - anschaut, dann ist es schon bemerkenswert, wie diese internationale Hilfe angenommen wird, ohne dass man hier wirklich nachhaltig politische Interventionen seitens des Staates spürt. Ich glaube, in dieser Frage ist das was man neuerdings mit Ownership-Prinzip bezeichnet, ein ganz wichtiges Element. Man muss sich vor Augen führen, dass die Lage der Nichtregierungsorganisationen in diesem Lande ausgesprochen schwierig ist. Sie stehen unter permanenter politischer Beobachtung. Wenn sie in irgendeiner Form politisch nicht korrekt aus der Sicht der Herrschenden handeln, droht ihnen der Entzug der Zulassung. Im Kontext Tschernobyl und Bewältigung der Folgen von Tschernobyl ist mir ein solcher Fall jedenfalls aus den zwei Jahren, die ich in dem Lande bin, nicht bekannt. Hier hat sich über die 20 Jahre, seit Beginn der 90er, wo nach Berechnungen 1.000 Initiativen aus Deutschland sich damit beschäftigt haben, bis heute immerhin noch 500 die aktiv sind, in dem Bereich gezeigt, dass die Hilfe nicht nur akzeptiert wird, sondern auch gesehen wird, wie wichtig es für das Land ist, für die Bewältigung der Folgen im Land. Wenn man bedenkt, dass in einer Situation, die sich nach dem 19. Dezember, den Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr, erheblich innenpolitisch verschärft hat, die in den nächsten Tagen stattfindende Partnerschaftskonferenz organisiert wird vom IBB Dortmund mit IBB Minsk zusammen, diese von allerhöchster Stelle die volle Unterstützung bekommt, dann zeigt das, wie wichtig es ist, dass wir nicht nur in der Vergangenheit und Gegenwart, sondern auch in Zukunft diesem Thema in der Republik Belarus die nötige Aufmerksamkeit widmen. Man sollte alles tun, dass die Organisationen, die tätig sind, die Netzwerke, die entstanden sind, auch künftig in diesem Lande segensreich arbeiten können. Mir scheint aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre, dass dieses seitens der belarussischen Regierung, auch seitens des Präsidenten, vielleicht nicht auf sehr viel Gegenliebe stößt, aber doch keine Behinderung erfährt. Ich glaube, das ist eine relative Ausnahmesituation, wenn man die Arbeit ausländischer NGO's auf dem Territorium der Republik Belarus sich vor

Augen führt. Wichtig ist, das wurde vorhin auch von Frau Botschafterin erwähnt, das besondere Schicksal der Kinder in der Republik Belarus, die darunter zu leiden haben. Auch da ist es bemerkenswert, dass nach dem vor 2 ½ Jahren erlassenen Gesetz, was gewisse Restriktionen in der Zusammenarbeit im Bereich der Kinderreisen nach Europa oder außerhalb Europas beinhaltete, gar nicht so viel Zeit bedurfte, um durch ein Zusatzprotokoll all die Behinderungen, die in diesem Gesetz, z. B. Altersgrenzen, z. B. Mehrfachreisen, in relativ kurzer Zeit in bilateralen Gesprächen zu beseitigen. Heute haben wir einen Zustand, der es wieder allen Kindern ermöglicht, unabhängig von der Altersgrenze und unabhängig von der Frage, ob sie schon mal in Deutschland oder außerhalb gewesen sind, wieder reisen dürfen. Auch das zeigt, als Beispiel nur, die große Bereitschaft in diesem Bereich auch mal von politischen Erwägungen zu abstrahieren und das Humanitäre, das Menschliche in den Vordergrund zu stellen. Vielleicht so viel zunächst von meiner Seite. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank auch für Ihren Bericht. Ich möchte jetzt SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.) bitten. Seien Sie uns herzlich willkommen.

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Sehr verehrte Damen und Herren und Frau Vorsitzende, ich bedanke mich sehr für die Einladung hier in den Umweltausschuss, dass wir die Ehre haben, hier sprechen zu können. Ich kann Ihnen versichern, wir haben uns erst in der letzten Woche nochmal sehr aktuell schlaugemacht. IPPNW hat zusammen mit der Gesellschaft für Strahlenschutz zwei Kongresse durchgeführt: Einen wissenschaftlichen Kongress in der Charité und einen Kongress, der sowohl die Wissenschaft umfasste, als auch die Alternativen, die Lösungen, wie der Ausstieg aus der Kernenergie zu vollziehen ist - beide in der letzten Woche. Sie werden sich sicher fragen, meine Damen und Herren, was sind denn eigentlich die gesundheitlichen Folgen der Tschernobyl-Katastrophe vor 25 Jahren wirklich. Wem sollen wir eigentlich glauben, bei so vielen unterschiedlichen Zahlen, die zurzeit durch die Medien geistern? Das ist gar nicht mehr zu übersehen. Die Quelle meiner Ausführungen ist einmal die neueste Studie von Alexej Jablokow. Eine Studie, die 2009 erschienen ist, und viele andere Studien

umfasst. Vorwiegend aus den drei betroffenen Republiken, zahlreiche Wissenschaftler, ein so etwa 300 bis 400 Seiten dickes Werk. Unsere eigene IPPNW-Studie, eine Kurzfassung in Deutsch, die wollte ich Ihnen gerne mitbringen. Leider hat uns unsere Druckerei verlassen. Aber Sie können sie bei unserer Geschäftsstelle hier in Berlin anfordern und wir würden Sie Ihnen gerne zuschicken. Ich möchte Ihnen als erstes die Dimension der Katastrophe nahebringen und die Trends in den gesundheitlichen Auswirkungen. Und zwar handelt es sich um Krebserkrankungen und um Nicht-Krebserkrankungen, als direkte Folge von ionisierender Strahlung. Schon jetzt nach 25 Jahren sind mehr als 100.000 Menschen verstorben in Folge von Tschernobyl. Hierbei handelt es sich um Liquidatoren oder Aufräumarbeiter, von denen es insgesamt 830.000 gab. Diese Liquidatoren starben hauptsächlich an Nichtkrebserkrankungen wie Herzinfarkt, Hirninfarkt, Suizid bei schweren hirnorganisch bedingten Depressionen und an Krebserkrankung, jeweils als Folge von Strahlenbelastung. Da werden Sie sich sicher wundern, wie können denn alle diese Krankheiten auf die Strahlung zurückzuführen sein. Das kann ich mir kaum vorstellen. Das wird auch kaum gesagt. Das sind Dinge, die Sie weiter in unserer Studie nachlesen können. Mindestens 90 % der Liquidatoren, die jetzt noch leben, sind schwer krank. Sie sind arbeitsunfähig, multimorbid. Sie können sich das vorstellen, wie sehr alte Menschen, die eben viele verschiedene Krankheiten gleichzeitig haben. Diese Menschen leiden an vorzeitigen Alterungsprozessen, sind also 50 Jahre alt und sehen aus wie 70 und noch älter. Die zweite Gruppe der Todesfälle umfasst Säuglinge, die infolge von schweren genetischen Schäden nicht lebensfähig waren. Es gab eine Erhöhung der Todgeburten und der Säuglingssterblichkeit vor allem in den drei betroffenen Tschernobyl-Republiken, aber auch in ganz Europa. Denn Sie müssen einfach realisieren, dass 53 % des gesamten Tschernobyl-Inventars ist auf Europa, ausschließlich der betroffenen Republiken, niedergegangen. Das war natürlich weniger konzentriert, als in den drei betroffenen Republiken. Das war dort sehr viel höher konzentriert, aber unsere Bevölkerungsdichte ist größer als in Europa. Die Gruppe der Säuglinge, die in Folge von Todgeburten und Säuglingssterblichkeit verstorben ist, umfasst nach unterschiedlichen Studien die Alexej Jablokow nun alle aufgeführt hat, sowohl in Europa, als auch in den drei Tschernobyl-Republiken 170.000 Fälle. D. h. wir haben schon einmal etwa 100.000 Fälle aus der Gruppe der Liquidatoren und 170.000 Fälle

aus dem Bereich Säuglingssterblichkeit. Das sind Menschen, die gestorben sind, wo man die Zahl wirklich sagen kann. Was ist nun die Zahl der zu erwartenden Krebserkrankungen. Da haben Sie sicher in den verschiedenen Ausführungen in manchen Magazinen sehr unterschiedliche Zahlen gelesen. Die liegen uns auch vor, die sind auch in der Studie von Jablow und IPPNW ausgeführt. Diese Abschätzungen, es handelt sich bei all diesen Studien um Abschätzungen, gehen von 4.000 Krebstoden, das war die Presseerklärung des Tschernobyl-Forums 2005, bis zu weit mehr als 1 Million Krebstode. Das ist so die Spanne. Das ist eine Abschätzung einer amerikanischen Krebsforscherin. Alle diese Studien wurden zwar nach derselben Methode erstellt, nämlich nach der Dosismethode gerechnet. Aber es wurden unterschiedliche Zeiträume berücksichtigt, meinetwegen Tschernobyl bis jetzt oder nur die ersten 10 Jahre oder aber bis 2050 und unterschiedliche geografische Räume. Die Tschernobyl-Forum-Studie beinhaltet in der Regel nicht die europäischen Länder, die werden nicht mitgezählt, obwohl hier sehr viel Strahlung niedergegangen ist, wird gesagt, das berücksichtigen wir nicht mit. Also unterschiedliche Zeiträume, unterschiedliche geografische Räume und nochmal unterschiedliche Annahmen, wie viel Dosis ist denn aufgenommen worden: Das ist schwierig zu bestimmen, weil es in den ersten Jahren nach der Katastrophe eben eine hohe Geheimhaltung durch die Sowjetunion damals gab. Dadurch kommen diese Unterschiede zustande und das ist natürlich für einen Laien dann auch schwierig abzuschätzen, was ist jetzt wirklich, woran kann ich mich eigentlich halten und woran nicht. Das sehe ich ein. An welchen strahlenbedingten Erkrankungen leiden denn nun die Menschen, besonders in den drei Tschernobyl-Republiken, aber auch in Europa? Wir finden eine Zunahme der Krebserkrankungen und auch eine Zunahme der Nicht-Krebserkrankungen. Das ist meine hauptsächliche Botschaft, dass es zahlreiche Nicht-Krebserkrankungen gibt, die durch Strahlung verursacht worden sind. Da sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen in jedem Lebensalter, Schlaganfälle schon in jungen Jahren, auch Kinderlosigkeit in der nächsten Generation, Frühaborte, erhöhte Säuglingssterblichkeit, schwere Fehlbildungen und Todeburten. Die wissenschaftliche Diskussion geht jetzt bei den genetischen Schäden darum, ab wie viel Millisievert kann ich mit genetischen Schäden rechnen? Da sagt die Internationale Strahlenschutzkommission 100 Millisievert muss erreicht werden. Darunter gibt es gar nichts. Also so wie ein Dogma. Viele Studien deuten daraufhin, dass es auch

darunter viele Schäden gibt. Ebenso gilt das auch für die Krebserkrankungen. Da gibt es jetzt eine wissenschaftliche Diskussion. Es ist wichtig zu verstehen, dass es sich bei radioaktiven Belastungen nach allen Atomkatastrophen immer um den Bereich der Niedrigdosisstrahlung handelt. Das ist der Bereich 0 bis 100 Millisievert. Um diese Dimension von Strahlung geht es meistens. Das ist eine Langzeitwirkung über Jahrzehnte, und zwar eine Kombination von interner und externer Strahlenbelastung. Dass jede Strahlenbelastung schädlich ist für die menschliche Zelle, also Niedrigstrahlung bewirkt immer eine Schädigung des Erbgutes, das ist eigentlich schon seit 50 Jahren bekannt. Grenzwerte sind immer willkürlich festgelegt. Sie dienen eher wirtschaftlichen Interessen, als biologischen Erfordernissen. Das ist eine traurige Wahrheit. Unseres Erachtens zeigen der aktuelle Super-Gau in Fukushima und der Super-Gau vor 25 Jahren in Tschernobyl, dass die Nutzung der Atomenergie generell nicht zu verantworten ist. Deshalb haben wir vier Forderungen aufgestellt: Erstens zu den Grenzwerten. Wir fordern, dass sich die Grenzwerte für Strahlenbelastungen endlich an den aktuellen medizinischen und insbesondere an der zellbiologischen Forschung orientieren müssen. Die IPPNW fordert zweitens die Deutsche Bundesregierung und natürlich auch die übrigen europäischen Regierungen auf, ihre Atomkraftwerke auf schnellst möglichstem Weg stillzulegen. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA, eine ganz wichtige UN-Behörde, deren Hauptzweck darin besteht, die friedliche Nutzung der Atomenergie zu fördern, muss unseres Erachtens im Angesicht der Fukushima-Katastrophe diesen Satzungszweck wirklich dringend überdenken. Ist der immer noch richtig, heutzutage? Deutschland ist ein einflussreiches Mitglied der Weltgesundheitsorganisation und Deutschland, so meinen wir, die Deutsche Bundesregierung sollte ihren Einfluss dahingehend geltend machen, dass die WHO den Knebelvertrag mit der Internationalen Atomenergiebehörde von 1959 bzgl. der Folgen von radioaktiver Strahlung aufkündigt. Es ist wenig bekannt, dass es diesen Vertrag gibt. Mein letzter Satz: Einen entsprechenden Antrag könnte die Bundesregierung schon jetzt bei der nächsten Weltgesundheitsversammlung in New York einbringen, denn die WHO muss hinsichtlich ihrer Arbeit, hinsichtlich der Gefahren von Radioaktivität unabhängig agieren dürfen. Das tut sie bisher nicht. Wir meinen, dass die Gesundheit der Menschen in Bezug auf Radioaktivität wieder zum Primat der WHO werden muss. Danke schön.

Vorsitzende: Danke schön, SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.). Dann möchte ich SV Tatiana **Novikova** (Journalistin) aufrufen.

SV Tatiana **Novikova** (Journalistin): Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin nicht nur eine Journalistin, sondern ich bin hier Vertreterin von verschiedenen Umweltorganisationen aus der Republik Belarus. Ich bin sehr froh, dass ich die Möglichkeit habe, hier bei dieser Anhörung über die Situation in Belarus zu sprechen. Denn sie beunruhigt auch deshalb, weil die Menschenrechte in Belarus wesentlich beeinträchtigt werden. Die Zivilgesellschaft kann nicht richtig arbeiten. Der Druck auf die weißrussische Gesellschaft ist sehr groß, so dass die Grundlagen der Demokratie in Weißrussland erschüttert werden. Auch der neuerliche Terrorakt gehört dazu. Die kritische Situation in Weißrussland hängt damit zusammen, dass es zwei Probleme gibt. Erstens die Folgen der Havarie von Tschernobyl und zweitens der Bau neuer Atomanlagen in Belarus. Die Krise der Demokratie zeigt sich auch in diesen zwei Problemen. Die entsprechende Aufkündigung der Privilegien für die Tschernobyl-Opfer und der Bau der neuen Atomanlagen werden ohne die Meinung der Gesellschaft, der Bürger, angenommen. Sie sind nicht demokratisch legitimiert. Die weißrussischen Mächte haben hier einen einseitigen Beschluss gefasst ohne die Diskussion in der Gesellschaft im Bezug auf den Bau neuer Atomanlagen. Sie haben sich auch mit den Nachbarländern nicht abgestimmt. Die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl werden verschwiegen. Die Leute haben keine Wahl. Sie haben keine Möglichkeit entsprechende Informationen zu bekommen, in Bezug auf die Verstrahlung von Lebensmitteln usw. Wie der Gesandte der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belarus bereits gesagt hat, wird eine bestimmte Menge Geld aus dem Haushalt verbraucht, um die Folgen zu mindern. Aber wir wissen es nicht genau. Es gibt keine entsprechenden Berichte über den Einsatz von Geldmitteln für bestimmte Projekte. Wir erleben anstelle dessen, dass der Präsident von Belarus sagt, die Menschen sollen in die Zone von Tschernobyl zurückkehren und dort ihre Wirtschaft und ihre kommerzielle Tätigkeit betreiben. Wir sehen, dass es keine unabhängigen Forschungen bei uns gibt. Es gibt Druck auf die Forscher und Wissenschaftler. Das ist natürlich sehr ungünstig für die Aufklärung der Wahrheit. Natürlich gibt es bei uns einige Wissenschaftler, einige Professoren die international bekannt

sind, die auch unabhängige Forschungen gemacht haben, auch im Rahmen von staatlichen Instituten. Einige dieser Menschen wurden Repressionen unterworfen, z. B. aus dem Land herausgeworfen. Andere standen unter ständiger Bedrohung. Teilweise wurde ihnen offiziell verboten, finanzielle Hilfe anzunehmen, die notwendig war für die Durchführung der Untersuchungen auch insbesondere im Bezug auf die radioaktive Strahlung und die Gesundheit des Menschen. Die Kräfte in Weißrussland, die gegen den Bau der neuen Atomanlage sind, werden verfolgt. Sie werden verhaftet. Auch russische Experten, die entsprechende Untersuchungen gemacht hatten in Bezug auf die Möglichkeit des Baus oder die Unmöglichkeit des Baus und die entsprechende Sicherheit. Bei uns werden nicht nur die demokratischen Prinzipien mit Füßen getreten. Wir haben natürlich auch technische Normen und Prinzipien. Es gibt bestimmte Organisationen, in denen ich auch arbeite, die versuchen hier eine Expertise an Gutachten in Bezug auf diese neue Atomanlage zu machen. Da waren verschiedene Spezialisten, die haben die Dokumentationen untersucht, die es gibt. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass es nicht möglich ist, dieses Projekt zu realisieren, unter anderem aus ökologischen Gründen. Belarus verletzt die entsprechenden internationalen Normen. Die Konventionen über die transnationalen Folgen von Atomanlagen werden gestört. Natürlich beunruhigt es uns auch, dass am 15. März, praktisch im Hochpunkt der Tragödie von Fukushima, ein Regierungsabkommen geschlossen worden ist zwischen Russland und Belarus über den Bau der Atomkraftanlage in Belarus. Wladimir Putin und ein Vertreter von Weißrussland haben gesagt, dass diese Anlage wesentlich gefahrloser wird als in Fukushima. Das hat natürlich Empörung in der belarussischen Öffentlichkeit hervorgerufen. Unsere Gesellschaft ist empört und alle die Repressionen, die es gibt und der totalitäre Kurs unser Gewalten hat natürlich auch zu Widerstand in der Zivilgesellschaft geführt. Dieser Widerstand ist gerichtet auf die Überwindung der Folgen von Tschernobyl. Es ist gerichtet darauf, dass keine neuen Atomanlagen gebaut werden in Weißrussland. Dieses Thema einer neuen Atomanlage ist ein wichtiges Thema im politischen Leben unserer Republik insgesamt. Also ich meine das unabhängige politische Leben, die unabhängige politische Gesellschaft in unserem Lande. Zum Beispiel wissen Sie alle, das jährlich in Belarus sozusagen eine Maßnahme durchgeführt wird, das ist eine Protestveranstaltung, die offiziell genehmigt ist. Die einzige übrigens. Und in diesem Jahr haben

die belarussischen Politiker und die unterstützenden Kräfte versucht, ein Massenmeeting zu organisieren, um alle diese Probleme auf die Tagesordnung zu setzen. Aber im Zusammenhang mit diesem Terroranschlag in Minsk wissen wir nicht, ob diese Maßnahme in diesem Jahr erlaubt werden wird und wir wissen nicht, wie die entsprechenden Gewalten reagieren werden. Und in diesem Zusammenhang möchte ich hier auch folgendes vortragen: Belarus braucht heute Hilfe. Belarus braucht nicht nur Hilfe in Bezug auf finanzielle Mittel für bestimmte Programme. Für die Tschernobyl-Opfer geht es nicht nur um die Einladung von Tschernobyl-Kindern nach Europa. Es ist insbesondere eine Hilfe für die Zivilgesellschaft von Weißrussland, zur Wiederherstellung der Demokratie, für die entsprechende Bekämpfung von gefährlichen Anlagen, zum Beispiel in Bezug auf das neue Atomkraftwerk, was 20 Kilometer entfernt von der Grenze der EU gebaut werden soll. Wir richten besondere Aufmerksamkeit darauf. Ich möchte Ihnen auch sagen, dass wir hier die Fragen des Baus dieser Atomanlage in Belarus weiter erörtern müssen. Deutschland hat bisher kein Interesse gezeigt in Bezug auf die Teilnahme an solchen Erörterungen. Nach Fukushima scheint mir, muss diese Erörterung jetzt in die Wege geleitet werden und eine wichtige Rolle bekommen. Ich denke, in der europäischen Gemeinschaft gibt es ein hohes Potential, um auf diese Ereignisse in irgendeiner Weise Einfluss zu nehmen und ich denke, dass es in Deutschland an der Zeit ist, politischen Willen zu entwickeln, um hier aktiv zu werden und die deutsche Zivilgesellschaft entsprechend teilnimmt an der internationalen Erörterung dieser Probleme, die in Weißrussland uns insbesondere bekümmern und empören. Vielen Dank, für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Wir haben jetzt kurz Zeit für Nachfragen. 15 Minuten insgesamt. Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU) bitte.

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Ganz kurz erst mal ein Danke, danke für die beeindruckenden Berichte. Was ich aber konkret nachfragen möchte an SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk): Sie haben besonders die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken und die internationale Solidarität angesprochen, aber vor allen Dingen die Organisation der NGOs. Und jetzt hier ganz konkret. Ich weiß, dass da verschiedene engagiert sind, dass da auch Mittel fließen, dass dafür auch Etats vorhanden sind. Wie

könnte eine zukünftige Hilfe besser unterstützt werden von Seiten Deutschlands?

Vorsitzende: Gut, wir haben nur 15 Minuten, alle Fraktionen dürfen fragen und dann bekommen Sie ganz kurz das Wort. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass auch im zweiten Punkt nochmal über Hilfe gesprochen wird mit SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB), SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Als nächster Abg. Marco **Bülow** (SPD).

Abg. Marco **Bülow** (SPD): Als erstes vielen Dank, dass Sie hierhergekommen sind und vorgetragen haben. Natürlich auch vielen Dank für die Organisationen, für Ihr Engagement in der letzten Zeit. Man hat natürlich viele Fragen, aber ich beschränke mich jetzt auf Fragen an SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.). Wir haben Ihre Presseinformationen zu dem Anlass, den Sie gerade vorgetragen haben, bekommen. Vielleicht können Sie das nochmal ein wenig präzisieren und nochmal genauer darstellen, wie die Politik jetzt Einfluss nehmen sollte, gerade was die Weltgesundheitsversammlung angeht. Auch wenn das jetzt nicht ganz zusammen passt, vielleicht könnten Sie nochmal deutlich machen - sonst können wir das auch in der zweiten Runde machen - wie sich das Engagement verändert hat in den letzten Jahren. Vielleicht können Sie schon drauf eingehen. Vor allen Dingen, wo es jetzt hinführen sollte nach Fukushima, weil dann doch eine andere Aufmerksamkeit für Sie Gott sei Dank da ist, bei aller Tragik. Danke.

Vorsitzende: Danke, dann Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Ich möchte nochmal auf die Zeit hinweisen, die sehr knapp ist.

Abg. Hans-Josef **Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe auch eine Frage an SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.). In der Tat haben wir vor kurzem von der Bundesregierung auch einen Bericht über die Wirkung niedrigradioaktiver Strahlung bekommen, der Ihre Aussage bestätigt, dass es keine Schwelle gibt, unterhalb der Wirkungen gesundheitlicher Schädigung ausgeschlossen werden könnten. Insofern kommt natürlich diese Frage stärker in den Mittelpunkt. Gibt es schon Abschätzungen aus Fukushima und haben Sie auch Abschätzungen über die

Auswirkungen des Normalbetriebs von Kernreaktoren mit niedrigradioaktiver Strahlung auf die Gesundheit der Menschen in der Umgebung?

Vorsitzende: Danke, dann Abg. Ralph **Lenkert**, (DIE LINKE.)

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich hätte eine Frage, an SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) und an SV Tatiana **Novikova** (Journalistin). Welche Möglichkeiten hat in Ihren Ländern jeweils die Bevölkerung, sich über aktuelle Verstrahlung zu informieren und im Prinzip damit umzugehen? Inwieweit wird das behindert? Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön, dann Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Ich hätte eine Frage an SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament). Sie haben darauf hingewiesen, dass in der Ukraine weiterhin auch auf Kernenergie gesetzt wird. Soweit ich weiß gibt es eine ganze Reihe von Reaktoren. Zwei sind in Bau, mehrere sind geplant. Sie haben einen Hinweis gegeben, dass es auch ein Wenig in die Richtung erneuerbarer Energien geht. Gibt es da in der Bevölkerung einen stärkeren Wunsch in diese Richtung oder wie würden Sie das beurteilen?

Vorsitzende: Gut, ich würde Sie der Reihe nach aufrufen. Wir haben insgesamt 10 Minuten. Wenn wir nicht in der Zeit bleiben, werden wir für Punkt vier der Anhörung keine Möglichkeit mehr haben Fragen zu beantworten. Ich möchte an Sie appellieren, einigermaßen in der Zeit zu bleiben, auch mit den Fragen. Gut, ich würde zuerst SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.) das Wort geben.

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e.V.): Ja, einmal zum Punkt WHO, IAEA. Die IAEA ist im UN-Bereich die stärkere, die einflussreichere Organisation, die eben das Satzungsziel hat, die Atomenergie zu fördern. Das tut sie auch recht stark. Und die WHO hat das Ziel, die Gesundheit der Menschen überall und von Geburt an bis zum Tod zu fördern. In Bezug auf die Radioaktivität und die Folgen der Radioaktivität gibt es einen Vertrag von 1959. Den genauen Vertrag können Sie auf unserer Webseite herunterladen. In dem Vertrag ist

ausgeführt, dass die WHO, immer wenn Sie irgendwelche Veröffentlichungen in Bezug auf die Folgen der Radioaktivität macht, sich mit der IAEA ins Benehmen setzen muss. Da geht es nach den Machtverhältnissen, um die Organisation, die stärker ist. Die IAEA ist direkt dem Sicherheitsrat unterstellt und da sind die fünf Atomwaffenstaaten darin. Die haben wenig Interesse daran, dass die wirkliche Gefahr der Radioaktivität auf die Gesundheit der Bevölkerung offen wird. Das soll in einem kleinen Bereich belassen werden, sodass es eben erträglich ist. Die entsprechenden Gremien, die es dazu gibt, wie die internationale Strahlenschutzkommission, UNSCEAR, das wissenschaftliche Komitee der UN und eben auch die gesamten IAEA-Untersuchungen zeigen das. Ich glaube SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM) hat auch schwierige Erfahrungen gemacht in der Beziehung. Den können Sie dann auch nochmal dazu fragen. Was kann nun die Bundesregierung tun? Jedes Land ist eben in der WHO-Versammlung einmal in New York pro Jahr. Dort kann man das Thema zur Sprache bringen. Man kann dort auch sagen, wir wollen diesen Vertrag aufkündigen, wir wollen Unabhängigkeit haben, dass die WHO eben nicht nur zur Vogelgrippe und zu anderen wichtigen Fragen unabhängig forscht und tätig wird, sondern auch zu den Folgen der Radioaktivität. Wenn Sie jetzt Fukushima sehen, da war kein WHO-Vertreter und hat unabhängig gemessen.

Vorsitzende: Danke, dann SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk). Ganz kurz bitte.

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e.V.): Entschuldigung, jetzt habe ich die Niedrigstrahlung vergessen.

Vorsitzende: Bitte ganz kurz beantworten.

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e.V.): Zur Niedrigstrahlung im laufenden Betrieb gibt es die Studie Kinderkrebs in der Nahumgebung von Kernkraftwerken 2007. Die weltweit beste Studie, die einen negativen Abstandstrend festgestellt hat. Das heißt, je näher man an einem Kraftwerk wohnt, ein Kind am Kraftwerk wohnt, desto höher ist das Risiko an Krebs oder an Leukämie zu erkranken. Eine weitere neue Studie ist entstanden, dass es in der Nahumgebung von Atomkraftwerken, aber

auch nach Tschernobyl Zehntausende, bzw. Hunderttausende verlorene Kinder gibt, die nicht auf die Welt gekommen sind. Das ist eine neue Studie aus dem Helmholtzinstitut von Dr. Hagen Scherb und Partnern.

Vorsitzende: Danke, dann SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk).

SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk): Ganz kurz. Punkt eins: Das Niveau der Zusammenarbeit zwischen den Nicht-Regierungsorganisationen sowie sie sich heute darstellt kann natürlich immer noch ausgedehnt werden. Aber wenn wir den Stand halten, dann können wir schon sehr zufrieden sein. Die Frage richtet sich nach den Inhalten. Und in der Tat müsste vor dem Hintergrund dessen was SV Tatiana **Novikova** (Journalistin) sagte, die Frage der Energieeffizienznutzung alternativer Energiequellen ein bisschen stärker in den Fokus rücken. Auch dazu wird SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB) nachher noch etwas sagen im Kontext der geplanten Zukunftswerkstatt. Ich glaube, hier muss ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden. Auch bezüglich, das dürften wir nicht verhindern können, der Frage der Notwendigkeit des Baus des Atomkraftwerks, was ja immer noch nicht finanziert ist. Wir wissen nicht einmal, ob es wirklich entsteht, was geplant ist und was 2017/2018 ans Netz soll. Diese Frage muss auch nochmal stärker in der Zivilgesellschaft in Belarus zur Diskussion gestellt werden. Von daher gesehen ist das Niveau gut. Es kann natürlich immer mehr sein. Aber wenn wir das halten, was wir haben, dann sind wir gut aufgestellt. Zweitens: Die Frage der Inhalte und dort stärker im Bereich der Energieeffizienz und Nutzung alternativer Energiequellen. Das wäre meine Antwort auf Ihre Frage.

Vorsitzende: Gut, Dankeschön, dann gab es noch eine Frage an SV Tatiana **Novikova** (Journalistin).

SV Tatiana **Novikova** (Journalistin): Ja, es gab eine Frage danach, ob es Möglichkeiten in Bezug auf den Informationserhalt, in Bezug auf Strahlenkrankheiten und Verstrahlungen und ähnliches gibt. Also ich bin Teilnehmerin in einer Umweltorganisation. Und da haben wir natürlich Untersuchungen gemacht. Wir haben auch untersucht, welche Möglichkeiten der Staat seinen Bürgern in Bezug auf den Informationserhalt bezüglich der Verstrahlung von Territorien, Verstrahlung von Lebensmitteln

und ähnlichen Dingen gibt. Die Daten, die der Staat uns gibt, sind natürlich doch ziemlich minimal. Wir bekommen nicht jedes Jahr neue Daten. Wir wissen nicht, wie die Dichte der Verstrahlung ist, welche Radionuklide insbesondere in den einzelnen Gebieten usw. vorkommen. Wir wissen heute, dass es zwei Probleme gibt. Erstens das Problem, dass eine bestimmte Menschengruppe versucht zum Beispiel Immobilien zu kaufen. Sie versucht hier einen Wert festzustellen, je nachdem auf welchem Gebiet es liegt, in welcher Ortschaft und inwieweit hier Verstrahlungen bestehen und ob man diese Böden landwirtschaftlich nutzen kann. Und im Vergleich mit dem vorigen Jahrzehnt gibt es hier immer weniger Kontrollmöglichkeiten seitens der Bevölkerung. Denn hier ist eine Einengung festzustellen. Diese Einengung ist wesentlich, denn die Möglichkeiten, die der Staat hier gibt, sind zum Teil Informationen, die aus dem Jahr 2005/2006 stammen und das sind veraltete Informationen. Die sind zwar veröffentlicht, aber sie sind veraltet. Für die informationelle Versorgung der Bevölkerung ist bei uns das Umweltministerium zuständig. Da gibt es jeden Tag auf der Internetseite entsprechende Angaben über die Hintergrundstrahlung in den einzelnen Gebieten. Die Hintergrundstrahlung wird nur bezüglich der Gammastrahlung veröffentlicht. Was beispielsweise die Wetterstrahlung angeht, so wissen wir überhaupt nichts. Es gibt natürlich auch bestimmte Karten in Bezug auf Cäsium-Fallout und anderen Fallout. Es wurde im vorigen Jahr eine unabhängige Untersuchung gemacht in Bezug auf die Möglichkeiten, die die Bürger von Belarus in Bezug auf Informationen zur Verstrahlung von Lebensmitteln haben. Man ist zu dem Schluss gekommen, dass es seitens der unabhängigen Märkte keine Kontrolle gibt und auch seitens der entsprechenden Organe, Behörden insbesondere keine Kontrolle von Lebensmitteln gibt. Die Bürger von Belarus haben heute nicht mehr die Möglichkeiten, die sie vor 10 Jahren hatten. Sie können also nicht zu Orten gehen, an denen Messungen durchgeführt werden und dort die Lebensmittel, die sie gekauft haben untersuchen lassen mit Dosimetern und ähnlichen Dingen. Diesbezüglich haben sich auch die Mächte weniger um diese Fragen gekümmert.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Natalia **Zarudna** (Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Ukraine in der BRD):

SV Natalia **Zarudna** (Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafterin der Ukraine in der BRD): Die Frage, die Sie gestellt haben hat

zwei Aspekte. Zum einen betrifft sie die Entwicklung der Atomenergetik in der Ukraine. Der zweite Aspekt ist das Verhältnis der Bevölkerung zu diesen Plänen. Diese Diskussionen gibt es in der Ukraine schon seit 25 Jahren und das Verhältnis dazu hatte mehrere Etappen. Im Jahr 2006 wurde eine neue Strategie für die Entwicklung der Energieversorgung in der Ukraine entwickelt, die vorsah, dass 40 neue Reaktoren errichtet werden sollen. Die Ukraine hat jetzt vier Atomkraftwerke, die in Funktion sind. Eines davon auf der Krim wurde stillgelegt und natürlich wurde auch Tschernobyl inzwischen stillgelegt. Es geht jetzt nicht um den Bau völlig neuer Atomkraftwerke, sondern um die Erweiterung bestehender Atomkraftwerke durch neue Reaktoren. Wir haben seit Tschernobyl in den letzten 25 Jahren zwei neue Reaktoren unter der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde in Riwno errichtet. Die Reaktoren, die jetzt geplant sind, sollen neue Reaktoren sein aus russischer Produktion. Ich kann Ihnen jetzt im Lichte der Fukushima-Ereignisse noch nicht sagen, wie sich diese Pläne entwickeln werden. Aber wir müssen natürlich davon ausgehen, welchen Energiebedarf die Gesellschaft hat. Es wird sicherlich noch eine Diskussion darüber geben müssen, welche Energiequellen - unter anderem auch erneuerbare Energien - in Zukunft eine Rolle spielen sollen und in welchem Maße. Was uns beunruhigt, das ist natürlich der Anstieg der Gas- und Ölpreise, die bei uns eine große Rolle für die Energie spielen. Es ist so, dass die Kernenergie im Moment die preiswerteste Energieart in der Ukraine ist. Insbesondere, wenn es um erneuerbare Energien geht, dann sind sehr große Investitionen notwendig und die gibt es im Moment nicht. Was die Meinung der Bevölkerung anbelangt, so gibt es durchaus Proteste in der Bevölkerung. Es gibt auch einige Organisationen, die ihre Vorbehalte haben. Aber sie haben alle nur eine geringe Sphäre, in der sie wirksam sind. Man kann nicht von einer großen Antiatomstimmung in der Bevölkerung der Ukraine sprechen. Sicherlich hat Fukushima da eine Rolle gespielt. Aber im Moment ist es so, dass wir unterschiedliche Gründe sehen und die Folgen sind so. Ich kann sagen, was die Frage anbelangt, dass wir jetzt keine Pläne bezüglich einer großen Weiterentwicklung der Atomenergie haben. Andererseits werden wir uns auch nicht völlig von ihr lösen. Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende: Dankeschön. Wir kommen jetzt zum zweiten Block: Verbesserung der Kooperation, gesundheitliche Vorsorge,

Kindererholung und ich möchte als ersten SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM) das Wort geben.

SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was ich sagen und Ihnen berichten will gehört eigentlich noch in den vorausgehenden Block. Wir arbeiten mit unserem Atomstrahleninstitut seit 20 Jahren in der GUS, in der Ukraine und schwerpunktmäßig heute in Belarus. Ich möchte einen Atomwissenschaftler zitieren, Konstantin Tschetscherow aus dem Kurtschatow-Institut, der Wiege der sowjetischen Atomtechnologie, der durch seine Untersuchungen festgestellt hat, dass es sich nicht nur um eine Dampfexplosion, sondern auch um eine thermonukleare Explosion gehandelt hat. Wen das mehr interessiert, ich kann Ihnen gerne Material zur Verfügung stellen. Diese Grafik zeigt die Verbreitung der Radionuklide aus dem Tschernobyl-Reaktor. Hier wo der Pfeil ist, das ist der Reaktor. Über Europa, auch in größeren Entfernungen hier oben in Schweden oder hier oben in Schottland, waren die Kontaminationswerte so hoch, dass man Schafe notschlachten musste, dass die Schafe nicht mehr verwendet werden konnten als Nahrungsmittel. Sie sehen auch wie extrem inhomogen sich die Radioaktivität über Europa verteilt hat. Dieses Muster entsteht einfach durch Meteorologie und zu einem kleineren Teil durch die Oberflächenbeschaffenheit, durch die gebirgigen Strukturen. Meteorologie: Wind und das Auswaschen der Luftmassen durch den Regen. Das ist die Karte von Südbayern. Die haben wir mit unserem Institut hergestellt und auch hier sieht man extrem deutlich, die große Inhomogenität. Man kann also nicht sagen, dass man bei einem Reaktorunfall einen Kreis von 30 Kilometer zur Sperrzone erklären kann, und außerhalb passiert nicht mehr viel. Wir sind hier 1300 Kilometer Luftlinie von Tschernobyl weg und wir sehen beispielsweise, dass der Norden von dem Landkreis Miesbach nichts abbekam und der Süden vom Landkreis Miesbach hoch belastet ist. Im bayrischen Wald hatten wir besonders hoch belastete Gebiete, Berchtesgadener Land und die ganze Fläche westlich von Augsburg. Dazwischen gibt es große Gebiete, die wurden von Tschernobyl nicht tangiert. An der Stelle möchte ich eindringlich darauf hinweisen, dass nach einem Super-GAU als erstes notwendig ist, eine präzise Kartierung der Belastungen zu erstellen, um festzustellen, wo muss ich evakuieren und wo kann ich die Leute noch eine gewisse Zeit lang bleiben lassen. Das ist die Karte von Belarus. Hier ist die Sperrzone im Süden. Dann gibt es in einer Entfernung von

130/140 Kilometer im Nordosten der zweitgrößten Stadt von Belarus, Gomel, ein Gebiet, das ist der Rajon Wetka. In diesem Rajon Wetka herrschen Bodenkontaminationen von der Höhe wie in der Sperrzone vor. Es hat fünf Jahre gedauert, bis dieses Gebiet ebenfalls evakuiert wurde. Das kam daher, dass man international gesagt hat, in Entfernungen von 100 oder 120 Kilometer kann es nicht mehr so schlimm sein. Die Sowjets haben sich damals auf diese Annahmen der IAEA verlassen, die sich dann im Jahr 1991 als falsch herausgestellt haben. Im Jahr 1991 wurden im Rajon Wetka etliche Dörfer evakuiert. Bis dahin haben die Menschen die Strahlendosis aufnehmen müssen. Im Jahr 1989 hat die Sowjetregierung die IAEA gebeten, Fachleute zu schicken, um zu prüfen, ob die Maßnahme, die die Sowjets damals treffen wollten und getroffen haben, sinnvoll sind. Es kamen 500 Wissenschaftler aus der Sowjetunion und 200 Wissenschaftler aus 25 westlichen Staaten. Sie haben Radioökologie, Bodenbelastung, Lebensmittel und insbesondere auch die Gesundheit untersucht. Und im Mai 91 gab es einen Weltkongress der IAEA gemeinsam mit UNSCAER, WHO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO. Dort wurde der Welt verkündet, es gab keine Gesundheitsstörungen, die direkt einer Strahlenbelastung zugeordnet werden konnten. Im Jahr 1991 war schon bekannt, dass diese Aussage falsch ist. Im Jahr 1996 wurde bewiesen, dass es eine gezielte Lüge war, weil die Fachleute von IAEA und UNSCAER die Beweise schon bei sich zu Hause in den USA hatten: die histologischen Präparate der operierten Kinder. Der Vorreiter der Lüge war Prof. Dr. Fred Mettler aus den USA, der heute noch im UNSCAER-Komitee sitzt. Da gibt es eine Altlast der USA, über die möchte ich jetzt nicht sprechen. Aber wen es interessiert, die Daten sind alle da. Beweis: Im Jahr 1990 war die Zahl der kindlichen Schäden in Belarus bereits 30-mal höher als der 10-Jahres-Durchschnitt vorher. Wenn die Verbreitung einer Tumorart 30-mal höher ist als der 10-Jahres-Durchschnitt, dann braucht man nicht mehr zu diskutieren. Ein Kind hat keinen Schilddrüsenkrebs. Das ist eine extrem seltene Ausnahme. Und diese Daten lagen der IAEA und UNSCAER vor und sie haben sie einfach ignoriert. Dasselbe gilt auch für die Ukraine, wo in Kiew Kinder operiert worden sind. Dieser Professor Dr. Fred Mettler, der die Öffentlichkeit, die UNSCAER, oder im Auftrag von UNSCAER die Welt belogen hatte, der hatte aus der Ukraine von 20 operierten Kindern die histologischen Präparate und sagte der Welt, es ist nichts. Das hatte fatale Folgen. Aufgrund dieser Aussage von IAEA,

UNSCAER, WHO hat die Welt nicht zusammen in die Hände gespuckt und hat gesagt, wir müssen helfen, wir müssen was tun. Weil sie alle gesagt haben, da ist ja nichts. Das sind die Zahlen aus Belarus für den Schilddrüsenkrebs. Hier unten, die roten Säulen, das sind die Kinder und die Jugendlichen, die hellblauen, das sind die Erwachsenen bis 45 Jahre und hier oben sind die Erwachsenen über 45 Jahre. Es ist überhaupt kein Zweifel, dass der Schilddrüsenkrebs massiv angestiegen ist, was biologisch und nuklearmedizinisch eine Selbstverständlichkeit ist. Aber es wurde weiter geleugnet. Das sind die Zahlen aus dem Oblast Gomel. Das ist der südliche Oblast, der zum Teil ja auch Sperrzone ist. Das sind die Zahlen, die Zunahme des Schilddrüsenkrebses im Vergleich zu den 13 Jahren vorher und 13 Jahren nachher. Altersstufe 0 bis 18 Jahre, Zunahme 58-fach. Und die anderen Erwachsenen Altersstufen zwischen 5- und 6-fach. Und ab 64 nimmt die Inzidenz der Schilddrüsenkarzinome ab, weil die Leute wegsterben. Wir haben aktuell mal die Zahlen verglichen vom Oblast Gomel, Inzidenz und Prävalenz. Inzidenz ist die jährliche Neuerkrankung, Prävalenz ist die Zahl, der jetzt zu einer Zeit vorhandenen Kranken. Das sind die Zahlen. Prävalenz in Deutschland 14 pro 100.000 Einwohner, Schweiz auch 14, Norwegen 15, Oblast Gomel 85. Und die Neuerkrankungsrate sehen Sie 3 bis 4 pro 100.000 in Deutschland, der Schweiz und Norwegen. In Oblast Gomel 16. Warum können wir das so mit Sicherheit sagen? Wir betreiben in Weißrussland, in Oblast Gomel ein Schilddrüsenzentrums mit den weißrussischen Gesundheitsbehörden und haben die Originalkrankenakten. Ich selber bin aktiv seit 18 Jahren in der Krebstherapiestadt tätig. Und das hier sind Kurven, nämlich die Entwicklung von Schilddrüsenkrebs in Tschechien. Und Tschechien ist deswegen interessant, weil dort viel weniger Radioaktivität runter kam als in Bayern und hier sehen wir eindeutig einen massiven Anstieg des Schilddrüsenkrebses bei Frauen. Frauen haben dreimal häufiger Schilddrüsenkrebs als Männer, obwohl die Kontamination geringer war als in Bayern.

Wechsel im Vorsitz.

Stellv. Vorsitzender: Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Sie müssten zum Schluss kommen, weil wir es sonst zeitlich nicht schaffen. Sie sind ja noch ein zweites Mal dran bei den Ereignissen in Fukushima. Den letzten Punkt müssten wir ansonsten streichen und das wäre auch nicht ganz angemessen, glaube ich.

SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Also ich schrumpfe meinen Fukushima-Beitrag gerne auf die Hälfte.

Stellv. Vorsitzender: Die Kollegen sollten auch die Chance haben reden zu dürfen. Deswegen wäre es ein bisschen unfair, wenn wir sie jetzt doppelt so lange reden lassen wie den Rest.

SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Ich möchte bloß noch etwas zum Thema Hilfe ausführen. Um ein Schilddrüsenzentrüm zu errichten, brauchen Sie viel Geld und viele Helfer. Wir haben hier das Beispiel eines Hilfsgüterkonvois, der von unserem Institut und vom Deutschen Verband für Tschernobylhilfe e.V. durchgeführt worden ist, hier mit 28 Fahrzeugen. Das sind viele Menschen, die freiwillig dort hin gefahren sind als Bauarbeiter, als Helfer, als Maler, als Installateure. Ich bin Herrn Peter Dettmar dankbar, dass Sie das so angesprochen haben. Ich bin auch der Meinung es könnte zwar alles besser sein, aber das, was geleistet wurde und was geleistet wird hat ein außergewöhnlich hohes Maß. Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzender: Ganz herzlichen Dank SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Vielen Dank auch für das Verständnis. Als nächster SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB) bitte.

SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB): Ganz herzlichen Dank, für die Einladung. Mein Name ist Peter Junge-Wentrup. Wir konnten als internationales Bildungs- und Begegnungswerk Anfang der 90er Jahre die Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ Minsk in Minsk selber bauen. Da sind wir heute noch mit 50 % daran beteiligt. Das macht ein Stückchen aus, weshalb wir heute in dem Land die Möglichkeit haben noch sehr aktiv tätig zu sein. Seit Anfang der 90er Jahre lagen wir als IBB Tschernobyl-Initiativen zu Partnerschaftstagungen ein. Wir haben im Schnitt inzwischen alle zwei Jahre ein Treffen von 400 Personen, von Menschen, die sich in der Ukraine und in Belarus jeweils engagieren. Partnerschaftstagung wird in Minsk stattfinden und dort werden auch 250 Liquidatoren dabei sein. Im Auftrag des BMZ führen wir seit 2002 das Förderprogramm Belarus durch. Ein Programm zur Unterstützung der Zivilgesellschaft, mit dem Projekte der Zivilgesellschaft in Belarus gefördert werden. 170 Projekte konnten bisher gefördert werden. Parallel dazu gibt es ein Begleitprogramm, was

die Vernetzung und Qualifizierung von NGO-Arbeit in Belarus selber beinhaltet und auch den Aspekt Dialoge mit den Behörden, sodass in allen sechs Gebieten von Belarus auch Gespräche mit den Behörden jeweils stattfinden. Was heißt internationale und europäische Solidaritätsbewegung? Die Solidaritätsbewegung ist 25 Jahre alt. In Deutschland gab es etwa 100 Initiativen. Heute sind es noch 500 Initiativen, die vorrangig in den Bereichen Kindererholungsprogramme und humanitären Hilfe tätig sind, die aber auch in den letzten Jahren verstärkt in einer Projektzusammenarbeit tätig sind. Diese Projektzusammenarbeit wird unter anderem gefördert von dem Förderprogramm Belarus. Es sind die Schwerpunkte Erwachsenenbildung, außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, soziale Arbeit inklusive Förderung von Fortbildungen von Ärzten, die Unterstützung von ökologischen Projekten und von Prozessen der Agenda. Wenn man den ersten Teil nimmt, zunächst mal noch auch die humanitäre Hilfe und das, was NGOs machen, so haben in den letzten etwa 20 Jahren über eine Millionen Kinder aus der Ukraine und aus Belarus Erholungsaufenthalte in westeuropäischen Familien haben können. Dies finde ich ist eine Zahl, die man nennen sollte, weil sie ein Stück weit das große Engagement deutlich macht. Wir haben offizielle Zahlen von der belarussischen Seite. Danach waren in etwa 180.000 Kinder in deutschen Familien. Aber 390.000 Kinder in italienischen Familien. In spanischen Familien 73.000 Kinder, in Belgien, Polen und in Irland 30.000 bis 35.000 Kinder und in Großbritannien 28.000. In Österreich, USA und Niederlanden 12.000 bis 15.000 Kinder. Mit der Ukraine zusammen über 1 Millionen Aufenthalte von Kindern in Familien bedeutet auch, dass sich sehr viel in Belarus und der Ukraine in Hinblick auf Westeuropa schlicht und einfach verändert hat. Im Verhältnis Belarus und Deutschland gibt es die Belastung aus dem zweiten Weltkrieg. Ich glaube, dass diese Kindererholungen auch im erheblichen Maße Versöhnungsprozesse zwischen Familien, zwischen Bevölkerungen mit ermöglicht haben. Bei den drei anderen Schwerpunkten, die ich genannt habe, möchte ich eher nur auf den Schwerpunkt Ökologie eingehen. Ökologische Projekte. Ich denke, ein Projekt sticht wirklich hervor. Es ist das Projekt von Heim-statt Tschernobyl e. V. in Bünde. Dietrich von Bodelschwing hat die Idee entwickelt mit dem Partner Internationaler gemeinnützig-gesellschaftlicher Verein ÖkoDom in Belarus. Sie haben sich entschieden für Familien aus verstrahlten Regionen neue Häuser zu bauen. Einfach weil sie sagen, in diesen verstrahlten Regionen darf

man und kann man nicht mehr leben. So sind zwei Dörfer entstanden. Über 1.500 Menschen, junge Menschen haben primär von deutscher Seite in diesen Workcamps mitgearbeitet und mit dazu beigetragen, dass diese Dörfer entstehen konnten. Es ist eine Schilfmattenproduktion entstanden zur Isolierung. Es sind zwei Windräder aufgebaut worden. Der österreichische Verein Global 2000 zum Beispiel hat eine Trinkwasseraufbereitung in der Region Luhansk mit vorgebracht. Messstellen wurden in Belarus errichtet von einem Verein in Hannover. Die niederländische Stiftung Kinderhilfe für Rußland hat 250 Schulen dazu animiert, selber aktiv zu werden und einen eigenen Garten, Schulgarten einzurichten. Sie betreibt dies in Kooperation mit diesen Schulen, wo Kinder dann auch sozusagen eine Mahlzeit, eine warme Mahlzeit in ihrer Schule kochen. Es gibt die Sacharow-Universität in Belarus, die in der Nähe der Hauptstadt Minsk einen Technopark errichtet hat und weiter ausbauen will. Wir, und damit wäre ich ein Stückchen von dem, was sind eigentlich unserer Zukunftsperspektiven. Wir in diesem Netzwerk der Tschernobyl-Initiativen haben vier zentrale Punkte für uns benannt. Die entscheidenden Lehren aus Tschernobyl sind die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz. Also daran geht für uns überhaupt kein Weg mehr vorbei. Vor dem Hintergrund möchten wir in Belarus eine Zukunftswerkstatt, ein Zentrum für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, errichten. Dieses Zentrum soll auf dem IBB-Gelände entstehen. Es ist sehr weit durchgeplant, es wird eine Ausstellung mit erneuerbaren Energien enthalten und das Passivhausgebäude, was öffentlich betretbar ist. Ich bin fest davon überzeugt, dass es eine Ausstrahlung weit über Belarus hinaus haben wird. Es hat die Unterstützung der Genehmigungsbehörden. Wir könnten sofort damit beginnen. Wir haben das Bundesministerium für Umwelt gebeten, dieses Projekt mit 2 Millionen Euro zu unterstützen. Mein Wunsch wäre, wenn Sie als Abgeordnete dies mittragen könnten, dass eine ganz zentrale Hilfe erfolgt. Das Projekt kostet 3,5 Millionen, 1,5 Millionen können wir aus eigenen Mitteln dazu tun oder eben aus Spenden. Lehre aus Tschernobyl, erneuerbare Energien, Energieeffizienz. Wenn wir heute an Tschernobyl denken, so darf dieser Prozess des Verdrängens und Vertuschens, der ja in vielen Ländern zu beobachten ist, nicht weiter fortgehen. Wir brauchen eine aktive Kultur des Erinnerns. Dort haben wir als Deutsche mit den Geschichtswerkstätten im Hinblick auf den Nationalsozialismus riesige Erfahrungen. Wir übertragen diese Erfahrungen nur auf die

Katastrophe von Tschernobyl. Wir möchten in der Region ein solches Zentrum, eine Geschichtswerkstatt, errichten. Es wird Anlaufstelle für die Betroffenen sein, aber auch Forschung betreiben. Was hat Tschernobyl alles bewirkt? Es kann ein Stück Informationsstelle für das europäische Netzwerk werden. Wir dürfen die Menschen nicht vergessen. Es sind die Liquidatoren und es sind in etwa die 5 Millionen Menschen, die noch in verstrahlten Regionen leben. Wir würden sie deshalb bitten, dass das Förderprogramm Belarus, was SV Peter **Detmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk) angesprochen hat, fortgesetzt wird und möglicherweise darüber nachzudenken, ob die Kindererholungen durch ein Jugendwerk belarussisch-ukrainisch unterstützt werden können, sodass quasi ein Stückchen Finanzierung dafür mit bereit steht. Der vierte Punkt ist jener, dass in der Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten in unserem eigenen Land die Leiden der Menschen nicht aus dem Blick geraten dürfen. Im Gegenteil, sie müssen mit Bestandteil sein. Vor dem Hintergrund würden wir Sie bitten, dass der Ausstieg aus der Atomenergie Bundespolitik wird. Vielen Dank.

Stellv. Vorsitzender: Vielen Dank, SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB). Als nächstes SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen) bitte.

SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen): Ich vertrete das CVJM Friedensnetz, eine Organisation im Gesamtverband des CVJM in Deutschland. Das Friedensnetz hat sich zur Aufgabe gemacht, Versöhnungsarbeit mit Osteuropa zu gestalten. Ein Schwerpunkt ist der Urlaub vom verstrahlten Alltag. Wir haben da besonderen Kontakt zu der Stadt Valozyn, etwa 80 Kilometer von Minsk entfernt. Dort laden wir schon seit gut 20 Jahren in verschiedenen CVJMs in Deutschland Kinder ein. Die Kinder sind zum größten Teil schon häufiger bei uns gewesen. Sie haben alle persönlichen Kontakt mit den Mitarbeitern, die sie in Deutschland treffen. Auch die verantwortlichen Mitarbeiter fahren regelmäßig nach Valozyn, um dort die Situation, in der die Menschen dort leben kennen zu lernen. Die Kinder sollen bei uns Alltag, Urlaub, Ferien und Entspannung erleben. Wir machen die Beobachtung auch unter den Erwachsenen, dass sich dort Angst und Unsicherheit vor den

Folgen von Tschernobyl breit machen. Für all diejenigen, die etwas von Psychologie, Pädagogik und auch von eigenen Kindern verstehen, ist der Faktor Angst eine ganz schlechte Bedingung, damit Menschen gesund aufwachsen. Wir wollen einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass die Kinder hier in den Ferien angstfreie Situationen erleben. Entspannung, Spiel, soweit sie mögen ist, auch das Gespräch mit den Kindern möglich ist, weil Dolmetscher dabei sind. Die Mitarbeiter, die hier mitmachen, sind durch Pädagogen geschult und vorgebildet, so dass sie, wenn es zu problematischen Gesprächen kommt, auch darauf eingehen können. Nochmal, uns ist es wichtig, dass persönliche Kontakte zu den Menschen in Russland vorliegen. Wir machen diese Arbeit wie gesagt schon seit 20 Jahren. Die regelmäßigen Besuche stehen immer unter dem Stern: wir besuchen Freunde in Valozyn. Wir machen Partnerschaftsbesuche und tun etwas zur Völkerverständigung dabei. Wir merken auch, dass die Spannung unter den Menschen und uns einfach nicht mehr da sind. Wir kennen uns näher, wir mögen uns einfach und auf dieser Basis sind wir der Auffassung, dass wir da eine gute Arbeit machen, um ganz nah an den Menschen zu sein. Wir machen eine Arbeit, die nicht in großen strukturellen Dingen denkt, sondern wir machen eine Arbeit, wo wir ganz nah an Menschen sind. Die Arbeit wird ausschließlich von Freiwilligen, von Ehrenamtlich getragen. Die Finanzierung dieser Arbeit steht auf Spendenfüßen, um das mal so zu sagen. Da sind viele Menschen aus dem Bereich des CVJMs dabei. Da sind viele Spender dabei, die diese Arbeit unterstützen. Die Arbeit wird mit großem Engagement und immer auf sehr unsicheren finanziellen Füßen stattfinden. Wir werden die Arbeit auf jeden Fall auch weiter machen. Wir sind jetzt auf eine neue Idee gekommen. Die Kinder von Tschernobyl vor 25 Jahren, diese Mädchen sind jetzt selber Mütter und haben Kinder geboren und unter diesen Müttern macht sich auch ein Stück Angst und Unsicherheit vor drohenden Krankheiten, die bei den eigenen Kindern auch auftreten, breit. Wir werden im nächsten Jahr so ein kleines Pilotprojekt machen, wo wir Mütter mit Kindern einladen, die nach Deutschland kommen können. Es wird erst eine ganz kleine Zahl sein, weil wir ein kleines Pilotprojekte machen, wo wir hier mit einem Kindergarten in Deutschland einer CVJM Organisation und einer Kirchengemeinde gemeinsam im Zuge der Vernetzung Ferien und Urlaube gestalten wollen. Sollte die Erfahrung gut sein, werden wir wahrscheinlich auf dieser Linie weiterarbeiten. Also wir gehen guten Mutes und mit viel Engagement in die Zukunft. Herzlichen Dank.

Wechsel im Vorsitz.

Vorsitzende: Herzlichen Dank und auch von unserer Seite vielen Dank an die Hilfsorganisationen. Ich denke, Ihre Arbeit können wir nicht hoch genug einschätzen. Nachfragen? Ganz kurz. Ich beginne mit Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU).

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB): Sie haben dargestellt, was für Initiativen Sie machen und dass Sie natürlich auch perspektivisch auf Nachfolgeenergien setzen wie eben erneuerbare Energien, aber eben auch besonders Energieeffizienz. Sie haben sehr anschaulich dargestellt, was für kleinteilige Arbeit das letztendlich ist und dass Sie so ein Zentrum machen wollen, wo Sie darstellen wollen, was machbar ist, sage ich jetzt einfach mal kurz. Meine Frage ist, inwieweit haben Sie die Wirtschaft dort mit eingebunden, die deutsche Wirtschaft dort mit eingebunden? Gibt es in Belarus eine Außenhandelskammer des DIHK? Sodass man da Win-Win-Situationen unter Umständen schaffen kann, zumal wir jetzt auch in Deutschland über die Gestaltung des Emissionshandels diskutieren und da bei CDM-Projekten natürlich noch eine Möglichkeit hätten. Aber das wären dann größere Sachen. Wie ist das Engagement der Wirtschaft? Das ist mir wichtig. Dann SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen) an Sie als CVJM: Ich bin Vorsitzende des Bundes katholischer Unternehmer und mich würde sehr interessieren, inwieweit sie von den Kirchen Unterstützung bekommen?

Vorsitzende: Dankeschön, dann Abg. Dorothee **Menzner** (DIE LINKE.).

Abg. Dorothee **Menzner** (DIE LINKE.): Ja danke, Frau Vorsitzende. Erst mal möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für Ihre seit vielen Jahren geleistete Arbeit bedanken. Das ist weit mehr als das, was selbstverständlich ist. 25 Jahre ist eine lange Zeit. Hätten wir jetzt nicht die dramatischen Ereignisse in Fukushima, wäre vielleicht auch der Jahrestag nicht ganz so im Blick, wie er so ist. Von daher meine Frage: Nach 25 Jahren kämpfen Sie da jetzt vielleicht auch mit einem abnehmenden Interesse, einer abnehmenden Spendenbereitschaft, vielleicht auch abnehmenden politischen Wahrnehmungen?

Was wären Ihre konkreten Wünsche an uns als Parlamentarier?

Vorsitzende: Dankeschön, dann Abg. Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Dankeschön. Erst mal auch herzlichen Dank an alle, die Ihre Projekte dargestellt haben. Ich habe eine Frage an SV Peter Junge-Wentrup (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB). Sie haben eben gesagt, dass Sie eine Zukunftswerkstatt planen für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und dass Sie einen Antrag beim Bundesumweltministerium gestellt haben. Sie haben gefragt, ob wir Sie da unterstützen können. Da hätte ich die Frage an Sie, wie weit ist dieser Antrag? Welche Reaktionen sind vom Bundesumweltministerium gekommen? Wie weit könnte aus Ihrer Sicht eine Unterstützung von uns gehen, hier vom Ausschuss? Ich habe eine Frage an SV Tatiana Novikova (Journalistin) aus der ersten Runde. Sie hat dargestellt, wie die Umweltbewegung, die Demokratiebewegung dort vor Ort große Schwierigkeiten hat, ihre Interessen, die Transparenz zum Beispiel für die Öffentlichkeit durchzusetzen. Sie hat gesagt, dass Sie unter schwierigen Bedingungen arbeiten. Da würde mich interessieren, wie können wir Sie unterstützen? Dass Sie das nochmal ein bisschen konkreter machen, inwieweit gerade auch in einer so schwierigen Situation, in der Sie sind, es hier eine Hilfe von Deutschland geben kann? Und letzte Frage an SV Prof. Dr. med. Edmund Lengfelder (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Sie haben ja sehr gut dargestellt, was es alles für Erkrankungen gibt. Können Sie bitte auch nochmal sagen: Was hat eigentlich der Super-GAU hier in Deutschland an Kosten bewirkt? Sie haben ja auch Untersuchungen gemacht, was zum Beispiel Bayern angeht. Wie Sie sich vorstellen könnten, wie man die internationalen Organisationen ändern müsste, damit hier auch mehr über solche Katastrophen wahrheitsgemäß berichtet wird?

Vorsitzende: Dankeschön. Ich habe jetzt ein großes Problem, wenn so viel gefragt wird, was ja gut ist, werden wir den letzten Block nicht mehr machen können. Ich schlage jetzt vor, dass wir die Blöcke drei und vier zusammenlegen und dann beantworten. Allerdings ist trotzdem wenig Zeit und ich kann nicht gewährleisten, dass wir alle Blöcke durchbringen bei dieser riesen Fragerunde, die natürlich auch der Antworten bedarf. Abg. Josef Göppel (CDU/CSU).

Abg. Josef Göppel (CDU/CSU): An SV Prof. Dr. med. Edmund Lengfelder (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Bei Ihrer Karte über die willkürlich erscheinenden Verbreitungsgebiete der Radioaktivität ist mir eingefallen, dass in meinem fränkischen Forstamt die Hälfte aller Wildschweine zur Tierkörperverwertung gebracht werden müssen, nach wie vor, weil sie über 600 Bequerel liegen. Und wenige Kilometer entfernt haben die, die auch untersucht werden dann vielleicht 120 oder 150 Bequerel.

Vorsitzende: Dankeschön, dann Abg. Dr. Matthias Miersch (SPD).

Abg. Dr. Matthias Miersch (SPD): Ich habe auch eine Frage an SV Prof. Dr. med. Edmund Lengfelder (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Können Sie etwas - SV Eckhard Petreins (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen) hat das eben gesagt - über die psychische Belastung von jüngeren Menschen und von Menschen im mittleren Altern sagen? Also diese psychische Belastung einer eventuellen späteren Erkrankung an den Folgen von Tschernobyl. Gibt es da Erkenntnisse über Behandlungszahlen oder über Auswirkungen?

Vorsitzende: Dankeschön, dann Frau Abg. Angelika Brunkhorst (FDP).

Abg. Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe eine Frage an SV Eckhard Petreins (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen). Wir waren 2006 in der Ukraine und auch in Belarus. Dort haben wir auch mit Personen gesprochen. Mir hat sich der Gedanke aufgedrängt, dass die Entscheider vor Ort es lieber sehen, wenn man Aktivitäten und Erholungsmöglichkeiten vor Ort unterstützt, statt die Kinder zu transportieren, zum Beispiel zur Erholung nach Deutschland. Haben Sie das auch so aufgefasst oder was ist Ihre Meinung dazu? Was präferieren Sie? Ich habe selbst Kontakt zu einigen Organisationen, Mehrfachbesuche und so weiter. Es gibt ja auch immer dann diese Art von Kulturschock. Die körperliche Erholungsfunktion einerseits aber auch die psychische Belastung dieser Kinder, wenn man sie für solche Strecken in die Busse setzt. Macht das Sinn?

Vorsitzende: Gut, Dankeschön. Umfangreicher Fragenkatalog. Ich möchte nochmal darauf hinweisen, wenn wir jetzt sehr lang machen, werden die letzten Punkte nicht mehr behandelt

werden können. Ich bitte Sie also nochmal die Fragen kurz zu beantworten und beginne mit SV Tatiana **Novikova** (Journalistin) mit der Bitte kurz zu beantworten.

SV Tatiana **Novikova** (Journalistin): Die Frage war so gestellt, wie könnte Deutschland Belarus helfen, insbesondere der zivilgesellschaftlichen Bewegung? Mir scheint, dass es sehr gut ist, dass man den Kindern erlaubt hier nach Deutschland zu kommen, dass sie in den Ferien aus dem Land rausfahren können. Aber es gibt natürlich auch noch den Fakt, dass außerhalb der Ferien die Kinder in kontaminierten Gebieten wohnen, dass sie schlechte Lebensmittel zu essen bekommen. Ich glaube die Haupthilfe seitens Deutschland kann darauf gerichtet sein, dass erstens eine Hilfe gewährt wird in Bezug auf den Erhalt von unabhängigen Informationen in Bezug auf die Kontaminierung, die Verstrahlung der Gebiete, der Lebensmittel und ähnliche Dinge. Das kann man heute alles genau messen. Also ich denke in dieser Richtung sollte man hier sehr intensiv weiterarbeiten und dann natürlich auch den Tschernobyl-Organisationen entsprechende Hilfe geben. Also objektive Informationen über die Verstrahlung für die Bevölkerung von Belarus. Das ist der erste Teil und der zweite Teil ist, dass man also die Aufmerksamkeit erhöht in Bezug auf den Bau dieses neuen Atomkraftwerkes in Belarus, denn da haben sich früher die Kinder erholt. Also da will man jetzt ein Atomkraftwerk bauen. Das ist das einzige nicht verstrahlte Gebiet und da soll also dieses Atomkraftwerk gebaut werden. Das bedeutet, dass dort sich Kinder nicht mehr erholen werden können in der Zukunft. Das sollte man hier auch entsprechend sehen, dass im Rahmen des Dialogs zu internationalen Konventionen dieser geplante Bau dieses Atomkraftwerkes diskutiert werden sollte und dieser Bau gestoppt werden muss. Denn dieser Bau wird mit entsprechenden Verstößen gegen bestehende rechtliche Regelungen gebaut. Und wenn die technischen Normen hier nicht eingehalten werden, dann kann dieses Objekt auch nicht sicher sein. Das ist meine Auffassung und ich glaube, das sind zwei wichtige Faktoren. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön, dann SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM), Sie haben umfangreiche Fragen. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass Sie in der letzten Runde auch nochmal antworten können.

SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Die Frage der Kosten. Frau Höhn, wir können leider die

teuersten Kosten, nämlich die Anzahl der Schilddrüsenkarzinome, die durch Tschernobyl bedingt sind, die viel höher sind, wegen der höheren Kontamination in Bayern als in Tschechien, nicht quantifizieren. Schon deswegen nicht, weil wir noch kein flächendeckendes Krebsregister haben. Ich würde das sehr gerne tun, wir haben es leider nicht. Dann zur Frage der psychischen Belastungen. Wir arbeiten eng mit der Sprachuniversität und der Technischen Universität in Gomel zusammen, mit dem Lehrkörper, um auch diese Befindlichkeiten, der jungen Menschen zu erfahren. Und es ist für mich schon erfreulich, wie wenig sich die jungen Leute fürchten. Die gehen ins Internet, stellen Fragen oder laden uns ein für einen Vortrag innerhalb der Universität. Also ich habe nicht das Gefühl, dass da viel psychologischer Stress ist. Die haben auch ihre Zerstreuungen mit ihren Walkmans und sonst was. Sie leben und sie leben gerne. Das sieht man auch. Dann an der Stelle möchte ich einfach einen Sachverhalt zu Kenntnis geben. Die Grenzwerte für die Belastungen von Nahrungsmitteln, um sie in den Verkehr zu bringen sind in Belarus dreimal strenger als in Deutschland. Dann zu den Wildschweinen. Ich kann das nicht nur für Franken, sondern für den Bayrischen Wald, für Miesbach usw., bestätigen - aus unseren eigenen Untersuchungen. Die Wildschweine haben ja nicht so große Laufflächen. Wir haben Wildschweine im Bayrischen Wald mit maximal 15.000 Bequerel. Das ist Sondermüll. Das ist noch von Tschernobyl trotz der Distanz von 1.300 Kilometer Luftlinie. Wir dürfen nicht sagen, das kriegen wir schon irgendwie in den Griff. Wir kriegen es niemals in den Griff, außer dadurch, dass wir diese Bedrohung abstellen, denn bei 430 AKWs weltweit und 150 etwa in Europa kommt das nächste Unglück mit absoluter Sicherheit, solange diese Technologie noch betrieben wird. Und ich habe hier eine Folie aufgestellt, wo ich sagen muss: Müssen wir bei uns in Deutschland so etwas erleben, damit die Politik für Gesundheit und Wohlergehen der Menschen endlich die richtigen Entscheidungen fällt?

Vorsitzende: Dankeschön, dann SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB), wenn Sie bitte die Fragen beantworten.

SV Peter **Junge-Wentrup** (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk – IBB): Ja, vielen Dank. Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU), Sie hatten nach der Wirtschaft gefragt. Im IBB gibt es das DIHKT-Büro und natürlich stehen wir mit allen Unternehmen in

Belarus in engem Kontakt. Wenn das Zentrum errichtet wird, wird natürlich die Wirtschaft ganz eng mit eingebunden. Ich denke auch, dass da ein Stück Finanzierung möglich wird. Die zwei Millionen aus dem Bundesumweltministerium, das ist sozusagen die Summe der Grundfinanzierung. Dann haben wir noch 1,5 Millionen, die wir selber aufbringen oder wo wir Dritte um Spenden bitten. Da bitten wir natürlich auch Firmen um Spenden. Was ist die Frage aus dem Bundesumweltministerium? Das ist natürlich die Frage der Bedeutung von Belarus auch unter der Frage des Klimawandels. Und da haben die natürlich Skepsis. Die Botschaft hält dies und das Auswärtige Amt für ein zentrales Projekt, dass dort in Belarus realisiert wird. Unter Klimagesichtspunkten sozusagen wird das natürlich auch im Bundesumweltministerium untersucht. Und die Beamten, mit denen wir gesprochen haben, haben uns eigentlich signalisiert, wenn das von der Politik gewollt wird und dass dem Bundesumweltminister klar signalisiert wird, dann könnte ein solches Projekt möglich werden. Also das ist quasi sozusagen die Ebene, die wir unterhalb des Ministeriums haben. Unter dem Aspekt, den Sie angebracht haben, Atomdebatte in Belarus, ist es die Alternative denken. Die Alternative auch in einem ganz praktischen Projekt deutlich zu machen, ist die beste Politik, die man überhaupt machen kann. Nämlich aufzuzeigen, dass auch dieses Land völlig andere Möglichkeiten in der Energieversorgung hat. Dass sie schneller sind, dass sie wahrscheinlich billiger zu realisieren sind und dann natürlich auf ein Atomkraftwerk verzichtet werden kann. Wir als IBB können nicht Bestandteil einer Protestaktion gegen Atomenergie dort sein. Dann würde man uns sofort schließen. Aber die Alternative entwickeln, das können wir und deshalb richte ich quasi den Wunsch an Sie, dies mit zu unterstützen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön.

SV Peter **Dettmar** (Gesandter der Bundesrepublik Deutschland in der Republik Belarus, Minsk): Ganz kurz. Zwei Sätze nur. Einmal hinsichtlich der Potenz der deutschen Wirtschaft in der Republik Belarus. Daran sollten sich die Hoffnungen nicht zu groß richten, denn wir sind zwar reichlich als Wirtschaft vertreten, wir haben auch die Repräsentanz der deutschen Wirtschaft als Vorstufe für eine Handelskammer, aber damit hört es auch schon auf. Also Hoffnungen auf die deutsche Wirtschaft in Belarus würde ich im Moment etwas relativiert sehen. Zweitens und das ist vielleicht einfach eine Zahl, die für Sie nicht uninteressant ist. Die im August letzten

Jahres verabschiedete Energiestrategie der Republik Belarus für die Jahre 2011 bis 2015 sieht einen Ausbau der erneuerbaren Energien von derzeit 20 % auf 32 % vor in diesem Zeitraum. Biomasse, Biogas, Windenergie und vieles andere mehr. Bei dem letzten bilateralen Energiedialog, den wir im letzten Jahr auf der Hannover-Messe geführt haben, ist ein Abkommen unterzeichnet worden zwischen der Deutschen DENA und dem Komitee für Energieeffizienz der Republik Belarus als Unterteil des Energieministeriums. Auch hier sind genau diese Themen, wie schaffe ich über alternative Energien, wie schaffe ich über eine Erhöhung der Energieeffizienz weniger Bedarf für andere Energiequellen, die hier ja reichlich zitiert worden sind. Also das nur als Ergänzung und als Faktencheck. Danke.

Vorsitzende: Gut, Dankeschön, dann bitte noch SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen).

SV Eckhard **Petreins** (CVJM Friedensnetz und CVJM Landesverband Hannover e. V. – Christlicher Verein Junger Menschen): Von der Kirche bekommen wir kaum bis gar keine Unterstützungen. Das passiert nur mit der Bereitstellung von Räumen. Ihren Hinweis auf die katholischen Unternehmer nehme ich dankend an. Wir werden uns darum kümmern. Die Entscheider vor Ort sind damit einverstanden. Wir haben hier Gespräche mit den offiziellen Stellen in Valozyn, da machen wir im Moment keine Tendenz aus, die Erholung dort vor Ort zu machen. Dann nochmal der Kulturschock. Dieses Problem kennen wir sehr gut. Da viel auch von den Offiziellen des CVJM in Valozyn auch nach Deutschland regelmäßig kommen, ist diese Klippe der unterschiedlichen Lebensweisen durchaus bekannt und wir haben diese unterschiedliche Art zu denken und zu leben auch in unseren Kreisen thematisiert, um diesen Schock etwas abzufedern. Danke.

Vorsitzende: Dankeschön, wir gehen jetzt in die dritte und vierte Runde, ziehen das zusammen, um dann einen Frageblock zu haben, der ein bisschen größer ist. SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales) bitte.

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales):

Schönen guten Tag, meine Damen und Herren. Tschernobyl und Fukushima verändern die Welt. Es gab ein davor und es gibt aber nur ein damit und kein danach. Der Tschernobyl-Unfall war de facto der Auslöser für die Schaffung eines umfassenden internationalen Sicherheitsregimes und umfangreicher Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit für mehr nukleare Sicherheit und Strahlenschutz. Ein ganzes System von internationalen Übereinkommen ist seitdem entstanden. Jetzt steht das erreichte erneut auf dem Prüfstand. Zur Bewältigung der Unfallfolgen am Standort Tschernobyl und seiner Umgebung wurden umfangreiche bi- und multilaterale Unterstützungsprogramme, technische Unterstützungsprogramme realisiert. Multilateral sind dabei vor allem das G7-Aktionsprogramm zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit in Mittel- und Osteuropa und das Memorandum of Understanding zur Schließung von Tschernobyl zu nennen. Seitens der G7 und der EU wurde der Ukraine ein umfassendes Aktionsprogramm zur Unterstützung bei der Stilllegung von Tschernobyl angeboten, das schließlich 1995 durch den ukrainischen Präsidenten unterzeichnet wurde. Zu den Aufgaben am Standort Tschernobyl gehört erstens die Entsorgung radioaktiver Abfälle und des abgebrannten Kernbrennstoffs. Über den bei der EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) eingerichteten Fonds für nukleare Sicherheit, als auch über EU finanzierte TACIS-Projekte (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) erfolgt die internationale Unterstützung und Finanzierung der Vorbereitung und des Baus der jeweiligen Entsorgungseinrichtungen. Zu den Aufgaben am Standort Tschernobyl gehört zweitens die Überführung des zerstörten Reaktors in ein langfristiges, stabiles und ökologisch sicheres System. Dazu wurde der sogenannte Shelter Implementation Plan weiterentwickelt. Die internationale Unterstützung erfolgt über den dafür geschaffenen Tschernobyl-Shelterfonds, der ebenso wie der Nuclear Safety account (NSA) bei der EBRD verwaltet wird. Finanziell beteiligt sich Deutschland als G8 Mitglied an diesen multilateralen Aktionen. Bilateral lag ein Schwerpunkt der Tschernobyl-Aktivitäten seit 1992 auf der Stärkung der ukrainischen atomrechtlichen Behörde und seiner Sachverständigen. Die diesbezüglichen BMU-Projekte wurden hauptsächlich von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit durchgeführt. Das Ziel der Projekte bestand einerseits darin, die fachliche Kompetenz der atomrechtlichen Behörde zu stärken, die erst nach der Unabhängigkeit der

Ukraine 1991 gegründet worden war. Andererseits konnte für diesen Weg die Situation am Standort Tschernobyl analysiert und bewertet werden. Wir haben umfangreiche Sicherheitsanalysen durchgeführt, beispielsweise zum größten anzunehmenden Störfall, dem Dacheinsturz infolge innerer und äußerer Einwirkungen. Andere Analysen betrafen eine mögliche Rekritikalität des Sarkophags, sowie die radioaktive Freisetzung aus dem Sarkophag durch Aerosole oder flüssige Ableitungen ins Grundwasser und die radioaktive Belastung des Kühlteiches sowie die Aufwirbelung radioaktiver Kontaminationen bei Wald- und Steppenbränden. Weiterhin wurde die Behörde bei der Erarbeitung von Regeln und Richtlinien, bei der Bewertung des betrieblichen Strahlen- und Notfallplans sowie des Sicherheitsberichtes für den Sarkophag, als auch bei Sachstandsbeschreibungen zum baulichen Zustand des Sarkophags unterstützt. Die Zusammenarbeit war ab 1996 Gegenstand des Tschernobyl-Aktionsprogrammes, mit dem Sicherheitsanalysen und die Kooperation mit der Behörde fortgesetzt wurden. Zur Aufarbeitung von vielen noch ungelösten Folgeaufgaben des Unfalls wurden drei deutsch-französische Programme über das internationale Tschernobyl-Zentrum gemeinsam mit Wissenschaftlern aus der Ukraine, Russland und Weißrussland realisiert. Ein wesentliches Ziel dieser sogenannten deutsch-französischen Initiative war es, die bestehenden Daten und Informationen zu sammeln, zu verifizieren und in elektronischer Form bereit zu stellen. Die Informationsbasis dient der Planung von Schutz- und Sanierungsmaßnahmen, der Information der Bevölkerung und für weiterführende wissenschaftliche Arbeiten. Die Themenfelder, in denen die GRS involviert war, sind der Sicherheitszustand des Sarkophags und radioökologische Folgen des Unfalls. Unsere französischen Partnerorganisationen hatten sich auch mit gesundheitlichen Ausführungen des Unfalls beschäftigt. Die GRS hat bezüglich des Programms zum Sicherheitszustand des Sarkophags Kenntnisse zu bautechnischen, nuklearen, radiologischen Situationen des Sarkophags, zum verbliebenen Brennstoff und seinen Modifikationen sowie zum Zustand der Systeme und Ausrüstungen erhalten. Diese Informationen wurden verifiziert und sind eine verlässliche Informationsbasis für die Bewertung des sicherheitstechnischen Zustandes des Sarkophags, sowie für die Planung von Schutz- und Sanierungsmaßnahmen. Das Programm Radioökologie konzentrierte sich auf Untersuchungen der Folgen des Unfalls in der 30-Kilometer-Zone und im Gebiet um Gomel

und Briansk in Weißrussland und Russland. Ich möchte zusammenfassend sagen, vielfältige, multilaterale Programme, aber auch bilaterale Projekte mit aktiver deutscher Beteiligung halfen und helfen der Ukraine bei der Überwindung der Folgen des Unfalls von Tschernobyl. Dies betrifft sowohl die industrieseitigen Aktionen als auch die fachliche Stärkung der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde. Heute, 25 Jahre nach dem Tschernobyl-Unfall befinden sich wesentliche Aufgaben der Entsorgung der radioaktiven Abfälle und der Sanierung des Standortes in der Realisierung oder wurden bereits abgeschlossen. Die Überführung des zerstörten Reaktors und des Sarkophags in einen langfristigen, stabilen und sicheren Zustand wird derzeit durch die Fertigstellung des Designs und den Bau des New Safe Confinement umgesetzt. Unbeachtet dieser Fortschritte wird der Standort Tschernobyl noch viele Jahrzehnte ein besonderes Territorium bleiben und damit den ukrainischen Staat und die internationale Gemeinschaft belasten.

Vorsitzende: Dankeschön, dann SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) auch zu dem Thema, Außerbetriebnahme/Stilllegung, Stand der Stabilisierung des Sarkophags und des darüberhinausgehenden sicheren Einschlusses. Bitteschön.

SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament): Leider werde ich gezwungen sein, meine Meinung zur deutsch-französischen Datenbasis hier kundzutun - insbesondere in Bezug auf die Sperrzone und auf den Sarkophag. Diese Datenbasis entspricht nicht dem Zustand dieser Objekte. Wie SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM) bereits erwähnte, ergab die Untersuchung der Kurtschatow-Expedition ganz andere Ergebnisse und die Schlussfolgerungen daraus waren ganz andere. Entsprechend diesen Angaben ist es bereits 25 Jahre her, dass dies erfolgte und es ist bisher keines der geplanten Untersuchungsprojekte in der Tschernobyl-Zone realisiert worden. Die Räume, die eingerichtet werden sollten, beispielsweise zur Erforschung der Radionuklide, wurden ebenfalls nicht fertig gestellt. Bisher wurden im Kraftwerk Tschernobyl lediglich teilweise die Brennstoffe aus dem Reaktor entnommen. Der Reaktor, also das Kraftwerk, ist bis jetzt noch nicht radioaktiv sicher. Der Plan zum Bau einer neuen Hülle erfolgt auch nicht zum richtigen Zeitpunkt. Denn es wurde bisher kein dazu erforderliches Atommülllager gebaut, das die

entsprechenden Ausmaße hat, um die Abfälle aufzunehmen. Deswegen würde ich gerne wissen, wer das Projekt durchgeführt hat? Ist das eine internationale Projektgruppe gewesen, der nicht klar war, dass die entsprechenden Kernbrennstoffe gelagert werden müssen? Eine Antwort darauf habe ich bisher nicht bekommen - ob das nun unsere oder internationale Fachkräfte waren. Die Hilfe, die bisher geleistet wird, ist somit nicht effektiv. Die Folgen sind dadurch sehr schwer. Es ist notwendig, dass diese Objekte, auch wenn sie noch nicht zu Ende gebaut werden, entweder in Betrieb genommen oder eben abgetragen werden müssen. Wir wissen bisher nicht, durch welche Kosten das abgesichert werden kann, durch welche Mittel. Diese Arbeiten wurden teilweise schon begonnen. Das heißt, es wurde damit begonnen die Arbeiten zur Fundamentlegung auszuführen. Es ist so, dass dort hoch radioaktive Stoffe liegen, die natürlich strahlen. Diese Abfälle kommen in den Bereich der Bohrmaschinen, die das Fundament vorbereiten. Die radioaktiven Stoffe werden sich also teilweise unter dem Fundament befinden, was sich nach wie vor auf das Grundwasser auswirken wird. Es ist erstmalig so, dass eine Lagerung hoch radioaktiver Abfälle einfach im Boden erfolgt. Ich habe gefragt, warum diese hochradioaktiven Stoffe nicht zuerst dort rausgeholt werden, bevor man anfängt weiter zu bauen und mir wurde erklärt, dass wir dafür keine Zeit haben. Das halte ich für völlig unbefriedigend. Danke.

Vorsitzende: Wir machen dann gleich weiter mit dem anderen Punkt und verbinden ihn. Bitte.

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Jetzt hat gerade SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) eine Frage gestellt, die eigentlich Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales) beantworten könnte. Ich finde das sollten wir doch hier ermöglichen.

Vorsitzende: Dann bitte SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales).

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales): Ich möchte jetzt nur auf den letzten Punkt

eingehen, der hier angesprochen wurde. Das sind die Fragen, die sich darauf beziehen, was mit den radioaktiven Abfällen geschehen wird, die aktuell derzeit noch in dem jetzigen Sarkophag in dem zerstörten Reaktorblock drin sind. Es ist sowohl von der ukrainischen Regierung, als auch von der internationalen Gemeinschaft verabredet worden, dass diese radioaktiven Abfälle sehr wohl nicht an diesem Ort bleiben sollen, sondern in eine geordnete Endlagerung zu verbringen sind. Dafür ist es gerade erforderlich, dass man nicht die Lösung, wie sie ursprünglich einmal angedacht worden ist - daraus einfach eine grüne Wiese zu machen und dann keine Möglichkeiten mehr zu haben, an diese Materialien ranzukommen - wählt. Sondern vielmehr um den jetzigen Sarkophag herum einen großen, neueren, sicheren Einschluss baut. Dieser neue sichere Einschluss wird für 100 Jahre konzipiert sein und die Möglichkeiten bieten innerhalb dieses Einschlusses, einmal den Rückbau, der instabilen Teile des jetzigen Sarkophags unmittelbar nach Errichtung in Angriff zu nehmen und dann in einer weiteren Etappe auch sukzessive, all die radioaktiven Materialien, die dort vorhanden sind, zurückzubauen. So ist die Konzeption und so soll auch vorgegangen werden, in gemeinsamer Entscheidung. Vor allen Dingen erst seitens der ukrainischen Experten, aber auch in Abstimmung mit den internationalen Experten, die dort tätig sind.

Vorsitzende: Gut. Ich würde sagen, wir beginnen jetzt mit Punkt 4 und ziehen dann die Fragen zusammen. Wir gehen jetzt von Tschernobyl nach Japan: radiologische Konstellation in Japan, Möglichkeiten technischer Hilfeleistungen, Rückschlüsse auf Kernkraftwerke in Deutschland. Ich gebe zuerst das Wort an SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4), der sich dann auch noch einmal zu Punkt 3 äußert.

SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4): Vielen Dank. Ich komme - wie gesagt - vom Karlsruher Institut für Technologie, wo wir alle Formen der Energieerzeugung, Speicherung, Verteilung, Effizienz, Einsparung, was auch vorhin schon angesprochen wurde, bearbeiten. Ich danke für die Einladung und die Möglichkeit hier, darum bin ich gebeten worden, einen kurzen Rückblick als Helmholtz-Wissenschaftler auf die Ereignisse in Fukushima zu geben. Ich möchte darüber aber auch nicht vergessen, dass in ganz Japan diese sehr schweren Zerstörungen durch das Erdbeben durch den Tsunami eingetreten sind. Auf diese werde ich jetzt nicht

eingehen, sondern nur auf die Reaktorkatastrophe. Diese ereignete sich um 14:46 Uhr dort, wo das Erdbeben der Stärke 9 stattgefunden hat. Betroffen waren hier die Kernkraftwerke an den drei Standorten Onagawa, Fukushima 1 und 2 und Tokai. Ich selber war 1999 in Tokai damals als Wissenschaftler tätig und habe, glaube ich, einen gewissen Einblick in die japanische Mentalität und auch Verständnis dafür, warum die Japaner so handeln, wie sie jetzt handeln und wir das vielleicht anders tun würden. Die Kernkraftwerke haben sich nach dem Erdbeben automatisch abgeschaltet, sind in die Schnellabschaltung gegangen. Die Notkühlsysteme sind angesprungen. Die Abfuhr nach Nachwärme hat eine Stunde lang funktioniert. Das ist deshalb sehr wichtig, weil die Nachwärme zu Beginn sehr hoch ist und 7 % der thermischen Leistung beträgt. Jetzt sind es noch 0,3 %. Diese Nachwärme muss aber sehr, sehr lange abgeführt werden. Das ist das Problem, gerade dort. Das sind 5 Megawatt bzw. 8 Megawatt bei den kleinen und den großen Reaktoren, die aus den Reaktoren abgeführt werden müssen. Die eigentliche Katastrophe fand dann eine Stunde später statt, als der mit 14 m hohe Tsunami, der damit doppelt so hoch war wie für das Kernkraftwerk in Fukushima ausgelegt, den Standort getroffen hat, die Treibstofftanks zerstört hat, den nicht gebunkerten Notstromdiesel außer Kraft gesetzt hat und große Teile des Not- und Hilfskühlsystems überflutet und zerstört hat. Was bedeutet, dass keine geschlossene Kühlkette für die Nachwärmeabfuhr schlussendlich in den Ozean als ultimative Wärmesenke mehr vorhanden war. Die passiven Kühlsysteme, ohne ins Detail davon einzugehen, haben funktioniert, aber sie konnten die Wärme nicht aus den Reaktoren nach außen evakuieren. Das heißt, die Nachzerfallswärme verblieb in den Wasservorlagen im Reaktor, die heizten sich immer mehr auf, die Kerne wurden freigelegt. Durch die hohe Temperatur wurden die Hüllrohre oxidiert und zerstört. Dadurch wurden die radioaktiven Spaltprodukte freigesetzt. Es bildete sich Wasserstoff und es war dann zu einem gewissen Zeitpunkt erforderlich, den Reaktordruckbehälter von Druck zu entlasten, das sogenannte containment venting. Das heißt, dass der Dampf, der Wasserstoff und die leicht flüchtigen radioaktiven Spaltprodukte gezielt nach Außen abgegeben wurden und nicht, wie es eigentlich sinnvoll und erforderlich ist, über einen Filter und den Kamin in die Umgebung, sondern in die Reaktorgebäude gelangten. Dort fanden dann auch in den verschiedenen Anlagen die Wasserstoff-Detonationen statt, die dann auch

zu der starken Zerstörung der Blöcke 1, 3 und 4 geführt haben. Die Brennelementelagerbecken waren auch ohne Kühlung. Diese konnte nicht so schnell von Außen herbeigeführt werden, weil einfach auch das Stromnetz außen herum zerstört war. Die Brennelementelagerbecken dampften aus. Die Brennelemente haben dort auch einen Zerstörungsgrad zwischen 30 % und 70 %. Die Radioaktivität, die gasförmigen, radioaktiven Stoffe treten aus und führen zu sehr großen Kontaminationen. Das ist dann auch der Grund, warum heute Fukushima auf INES 7 eingestuft wurde, katastrophaler Unfall. Einfach, weil eine starke Kernzerstörung eingesetzt hat. Ob eine Kernschmelze teilweise eingesetzt hat, wissen wir nicht gesichert, das wäre Spekulation. Die Barrieren sind beeinträchtigt, die Brennelementelagerbecken sind praktisch an der Umgebung. Die Gebäudehülle ist nicht mehr existent und die freigesetzten Raten von radioaktiven, gasförmigen Spaltprodukten sind so hoch, dass man eben auf Stufe 7 gegangen ist. Große Gebiete sind evakuiert worden. Da möchte ich auf SV Prof. Dr. med. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM) eingehen. Er hat vollkommen recht. Evakuierungszonen sind sinnvoll, müssen eingerichtet werden. Aber die lokalen Kontaminationen sind sehr, sehr unterschiedlich. Wir in Karlsruhe rechnen zusammen mit der GRS, mit einem angenommenen Quellterm, einer angenommenen Freisetzungsrate, aus, wo, wann, wie viel Kontamination ankommt. Das kann man auch bei uns auf der Internetseite „www.kit.edu“ nachgucken. Das machen wir immer. Vorausrechnungen, zusammen mit den aktuellen Wetterdaten für die nächsten 12 Stunden, sodass man weiß, wo welche Kontaminationen ankommen könnten. Aber das ist sehr inhomogen und gerade auch für Evakuierungen und vor-Ort-Maßnahmen muss man hier sehr genau hinschauen. Das ist die größte Schwierigkeit, die wir Forscher haben. Die Datenlage aus der Evakuierungszone, aus den Reaktoren, ist sehr schlecht und teilweise widersprüchlich. Einige ausgewählte Hilfsmaßnahmen, die wir als Forscher angeboten haben, sind folgende: Wir haben mit der oberen Etage von Tepco direkt telefoniert. Wir haben die Roboter angeboten, die wir bei den kerntechnischen Hilfsdiensten in Karlsruhe haben, um vor Ort Dosisleistungen zu messen. Bevor ich Menschen dort hinschicke, um vor Ort in den Reaktoren Beobachtungen durchführen zu können. Mir sind keine Bilder vom Inneren des Reaktors bekannt. Leider wurde dieses Angebot bis jetzt nicht angenommen. Ich weiß nicht, was Sie da machen können. Die Botschaften haben auch miteinander telefoniert, wie ich weiß. KIT (Karlsruher Institut

für Technologie), auch andere Wissenschaftsorganisationen, bieten jungen Wissenschaftlern an, die dort in der Gegend in den Universitäten nicht mehr arbeiten können, dass sie bei uns arbeiten können, dass sie bei uns in den Familien wohnen können und hier in unsere Forschungsteams aufgenommen werden. Das bezieht sich jetzt auf Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften, Ingenieurwissenschaften, ganz egal. Wir kriegen erstaunlich viele Fragen per E-Mail von Menschen aus Japan, die einfach wissen wollen, was los ist. Die versuchen wir möglichst sachlich und korrekt zu beantworten. Ich glaube, wir haben hier eine viel bessere Datenlage, Informationsbasis als viele Menschen in Japan, die vielleicht auch noch die ersten 10 Tage gar kein Internet dort hatten. Da haben wir die Kollegen gar nicht erreicht. Wir haben an den 10 Strahlenschutzzentren in Deutschland über Ganzkörperzähler Japan-Rückkehrer ausgemessen, um einfach gesichert festzustellen, ob diese Menschen Kontaminationen abbekommen haben? Und wenn ja, wie viel? Die Befunde waren aber, zumindest in Karlsruhe, bis auf einen mit wirklich ganz leicht erhöhten Werten, alle negativ. Wir messen auch Waren frei von Firmen, die Waren aus Japan kriegen. Einfach, damit nichts in Geräte eingebaut wird, was kontaminiert ist. Letzter Punkt: Was Stilllegung, Rückbau, sicherer Einschluss, Entsorgungseinrichtungen anbelangt, so wie SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales) es auch sagte, haben wir in Deutschland aufgrund unserer Hilfe auch für Tschernobyl, auch die Atom-U-Boote, die im G8-Rahmen rückgebaut werden. Wir haben sehr viel Erfahrung, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit, die Energiewerke Nord, die ganzen Helmholtz-Forschungszentren, diese Hilfe stellen wir natürlich zur Verfügung, wenn wir da auch konkret angefragt werden. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank auch an Sie, SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4). Dann kommt jetzt noch einmal SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Mit diesem ganzen Themenkomplex stehen noch einige Fragen an. Ich denke, Sie haben uns da viel zu sagen. Bitte.

SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Der Informationsfluss aus Japan war miserabel. Wir haben von russischen Journalisten, die mit

qualifizierten ammosisleistungsmessgeräten dort waren, vor etwa 16 Tagen Messwerte bekommen. Wir waren in Kuriyama, das ist vom Reaktorstandort etwa 50 km nach Westen entfernt. Dort gab es Ortsdosisleistungen von 250 Mikrosievert pro Stunde und mehr. Das bedeutet: sofort evakuieren. Ich wundere mich, dass von Seiten der IAEA, die das Recht hätte, sofort dort messen zu lassen oder selber zu messen, nicht ein Team hingeschickt worden ist, um, wenn schon die Japaner nicht ordnungsgemäß rapportieren, eine oberflächliche, grobe Lage zu erstellen. Das ist nicht geschehen. Da frage ich mich, wozu haben wir die IAEA, wenn nicht für so einen Zweck. Von der WHO, da gebe ich SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e.V.) absolut recht, der Vertrag sollte dringend annulliert werden, dieser Knebelvertrag. Das sind radioaktive Belastungen mit Gesundheitsfolgen. Die IAEA sagt, ihr dürft nicht publizieren und da muss die WHO den Mund halten. Ich fordere wirklich die deutsche Regierung auf, dass sie in der WHO offen sagt: Wir lehnen diesen Vertrag ab. Sie müsste nur einen Antrag stellen. Denn der Staat, der schon bereit ist, zu sagen, wir unterstützen den Antrag als Voraussetzung, dass darüber abgestimmt wird, das ist Kenya, der steht schon bereit. Da muss nur jemand die Courage oder bayerisch gesagt, den Arsch in der Hose haben, das zu fordern. Zu dem zweiten Punkt: Wir haben ja die Maßnahme der Sowjets in Tschernobyl, haben sehr viel analysiert, auch die Maßnahmen der Weißrussen bei der Katastrophenbekämpfung. Ich muss retrospektiv sagen, die Sowjets haben ihr Problem wesentlich zügiger und griffiger behandelt, als die Japaner es heute tun. Die Japaner sind technologisch den Sowjets schon überlegen. Aber die Sowjets hatten dadurch, dass sie immer damit gerechnet haben, dass es zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen USA und Sowjetunion kommt, haben sehr viel vorbereitet. Hatten das Militär, die Dosimetrie, hatten die Infrastruktur, und die konnten da eingesetzt werden. Deswegen hatten sie auch sehr schnell Landkarten der Belastungen. Mangels Computer wurden die dann per Hand koloriert - auf die Dosisleistungszonen. Deswegen konnten die auch wesentlich zügiger qualifiziert evakuieren.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann noch SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales).

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales): Ich habe jetzt zu dem, was auch schon SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4) gesagt hat, eigentlich erst einmal nichts zu ergänzen.

Vorsitzende: Gut. Dankeschön

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales): Eine einzige Anmerkung wollte ich noch machen bezüglich der Bemerkung von SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Mir ist bekannt, dass es zwei Teams der IAEA gab, die selbst Messungen in Fukushima vor Ort vorgenommen haben. Das war vielleicht bei uns hier nicht so sehr bekannt. Ich weiß, dass diese erfolgt sind und dass auf Basis dieser Messungen dann die IAEA auch Einfluss auf die japanische Regierung genommen hat, um dort zügiger, um entsprechend zu reagieren.

Vorsitzende: Gut, danke. Dann beginne ich mit der Fragerunde. Als erstes hat sich Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gemeldet.

Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke Frau Vorsitzende. Ein Satz zu der Forderung von SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM). Das finden wir gut, dass das auch hier von Sachverständigen in Bezug auf die IAEA und die Werte genannt wird. Ich glaube nicht, dass das ungehört verheilt. Vor dem Hintergrund, dass natürlich irgendwann auch darüber diskutiert wird, wie mit den Ruinen in Fukushima umgegangen werden muss, wollte ich zum Tschernobyl-Sarkophag einfach angesichts der Ausführung mehrerer Sachverständiger die Frage stellen: Kann man denn eine Prognose darüber machen, wie sicher der Sarkophag sein wird für die Zukunft und für wie lange? Weil mich das ja so sehr bedenklich stimmt, was wir von SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) gehört haben. Welche Werte strebt man für die zukünftige Abschirmung von Strahlung an? Das wäre dann auch interessant, das mit der Zukunft von Fukushima zu verbinden.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Judith **Skudelny** (FDP).

Abg. Judith **Skudelny** (FDP): Mich würde in Bezug auf Fukushima erst einmal interessieren, ob schon bekannt ist, welche Spaltprodukte emittiert sind und wie weit? Weil die Halbwertszeiten können da sehr unterschiedlich sein. Auch bezüglich dem Abtragen der Nachwärme. Ich sage immer, in den ersten drei Wochen muss am meisten Leistung abgetragen werden, aber später, ich glaube, es wurde einmal gesagt, bis hin zu fünf Jahren muss weiter permanent eine Kühlung aufrecht erhalten werden. Wir wissen jetzt, was alles kaputt ist. Weiß man denn schon oder wissen Sie schon, das geht an beide Sachverständigen von der GRS und vom KIT, weiß man denn schon, in welcher Form diese Kühlungen über diesen langen Zeitraum aufrecht erhalten werden kann, ohne dass regelmäßig beispielsweise Abwasser in die Umwelt gelangt? Ob es da schon Ideen gibt, ob man weiß, welcher Grad der Zerstörung existiert oder was man in der Form wieder aufbauen muss, um eben das künftig für diesen, ich sage jetzt einmal, mittelfristig längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD).

Abg. Dr. Matthias **Miersch** (SPD): Ich würde gerne SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) noch einmal fragen. Er hat ja die Frage selbst gestellt und ist als Zeitzeuge sozusagen mit den Situationen vor Ort auch konfrontiert. Nun hat er eine Antwort bekommen. Aus meiner vorsichtigen Deutung schließe ich daraus, dass die Antwort eigentlich wenig befriedigend ist und wir noch immer vor einem wahnsinnigen Dilemma stehen, mit den Strategien, wie wir einen neuen Sarkophag oder was auch immer errichten. Denn, wenn ich Sie richtig verstehe, das Problem existent ist und über die Frage der Endlagerung und die Möglichkeiten, vielleicht in 100 Jahren ein offenes Dilemma zu haben. In diesem Zusammenhang würde mich die Einschätzung einfach noch einmal interessieren, wie Sie diese Antwort beurteilen, auch wenn ich weiß, dass man auf diesem Parkett immer diplomatisch antworten muss. Aber das ist einfach, Sie haben die Situation vor Augen, vor Ort, und deswegen interessiert mich einfach Ihre Einschätzung. Vielleicht ist es zu viel verlangt, aber wenn Sie die Bilder in Japan sehen, würden Sie als Liquidator auch für Japan genau die gleichen Probleme im Moment wieder prognostizieren?

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Das Erste, was mich bei all diesen Vorträgen jetzt beschleicht, ist das ungute Gefühl, die Wahrheit soll nicht ans Licht kommen. Es wird hier sehr viel vertuscht und verharmlost. Mich würde interessieren, inwieweit Ihnen bekannt ist, ob es noch unabhängige Messungen zu Fukushima gibt, und als Zweites, aus Sicht des Liquidators noch einmal explizit darauf hinweisen, welche Maßnahmen in Tschernobyl jetzt dringend gemacht werden müssen, damit im Prinzip zukünftige Schäden von diesem Standort ausgeschlossen werden, also weitere zukünftige Schäden ausgeschlossen sind und was aus seiner Sicht jetzt die dringendsten Maßnahmen in Japan wären. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dann würde ich gleich in die Beantwortung gehen und als erster - SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament), an Sie gab es eine ganze Reihe von Fragen.

SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament): Vielen Dank. Die Fragen möchte ich folgendermaßen beantworten. Zum Ersten: Alles das, was in Tschernobyl passiert ist, wurde detailliert untersucht und analysiert. Das wurde in allen Ebenen gemessen und das unterscheidet sich radikal von der Situation, die in den Medien auftaucht und die auch Grundlage dafür sind, was in Tschernobyl aufgebaut wurde. Es gab eine richtige Bewertung sofort nach dem 26. April 1986. Wenn es die gegeben hätte, dann hätten wir unsere Arbeit ganz anders organisiert. Die Grundlage ist, dass man als erstes die Situation real einschätzt, damit man Modelle aufbauen kann. Beispielsweise wie das dort passiert, wo Atomwaffen getestet wurden, über dem Testgelände, welche Wolken dort auftreten. Das heißt, es wurden nicht die richtigen Modelle oder Simulationen angewendet. Wir dürfen Jod und Cäsium nicht verwechseln, aber sie kommen gleichzeitig in den Organismus und sie wirken zusammen, eben nicht einzeln. Das ist das, was die Mediziner bis heute nicht anerkennen wollen. Das Nächste: Was den technischen Zustand angeht: Das Objekt des Sarkophags ist gut untersucht. Er strahlt nicht. Der wirkt also nicht ernsthaft auf andere Faktoren. Was wichtig ist, ist tatsächlich ein Atommülllager, indem wir all das entsorgen könnten, was jetzt rausgeholt wird. Es darf eben nicht darum gehen, dass wir alles in einem neuen Objekt konservieren, das aufgebaut wird. Denn wenn dieses Atommülllager bereit wäre, gebaut wäre, dann würden wir uns diese Probleme ersparen. Dann könnten wir

strahlende Stoffe, radioaktive Abfälle aus Tschernobyl direkt dort lagern. Solange das nicht passiert, wird die Unsicherheit für den Gesundheitszustand der Menschen dort konserviert und fortgesetzt. Was die Umweltbelastung anbelangt: Alle Radionuklide, die dort in Tschernobyl freigesetzt wurden, brauchen natürlich ein Monitoring, damit die Menschen die Möglichkeit haben, selbst zu bestimmen, wie der Zustand der Umwelt ist, ihrer Lebensumwelt. Ich habe den Eindruck, dass wir ohne diese Elemente, die ich hier angeführt habe, nicht verstehen können, was tatsächlich passiert ist. Wir müssen hier feststellen, wie die Situation ist. Es ist nicht nur ausschlaggebend, was auf dem Kraftwerksgelände selbst passiert. Die Einschätzung der Situation im Moment ist also nicht objektiv und umfassend genug. Da gibt es natürlich Widerstände, denn jeder möchte möglichst viele Informationen haben. Aber die Einschätzung der Informationen, die wir haben, die ist im Moment sehr schwierig. Vielen Dank.

Vorsitzende: Dann als nächster SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4) bitte.

SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4): Ich denke die Frage bezüglich der dringenden Maßnahmen war an mich gerichtet. Die eine ganz dringende Maßnahme ist, dass die langfristige Kühlung in einer geschlossenen Kühlkette dargestellt werden muss. Das heißt, dass nur die Wärme nach außen transportiert wird und nicht mit dem Kühlwasser, mit der Radioaktivität. Damit da kein stark kontaminiertes Wasser in das Meer fließt. Das Kühlwasser wird als Frischwasser in den Reaktor eingeleitet. Das heißt, ein Zugang von außen in die Reaktoren ist gegeben. Ich kann Ihnen nicht sagen, warum praktisch das heiße Kühlwasser dann nicht nach außen durch einen Wärmetauscher im Kreis gefahren wird. Die Daten liegen uns nicht vor. Das ist die dringendste Maßnahme, dass praktisch die Wärme langfristig sicher evakuiert wird. Der zweite Punkt bezieht sich auf verlässliche Messungen. Welche Strahlung ist wirklich in den Reaktoren, diese im Bereich Sievert pro Stunde. Da darf ich keinen hinschicken. Da muss ich mit Robotern hin. Ich muss die Kernkraftwerksruinen nach außen abschließen, einfach, dass über den Lüfter, so dass durch das Ausdampfen der Brennelementelagerbecken zum Beispiel keine Radioaktivität mehr nach außen kommt. Ich muss den Standort gegen mögliche weitere Tsunami von der Meeresseite her mit hohen Schutzwellen versehen. Das sind alles

Maßnahmen. Die zweite Frage bezog sich auf Spaltprodukte. Die Zahlen lese ich nicht vor. Xenon, Jod, Cäsium mit Größenordnung 10^{17} Becquerel Jod-Äquivalent, das sind sehr große Mengen. Das rechtfertigt auch die Stufe 7. Wir in Deutschland haben am 25. März 2011 auf dem Schauinsland, das sind die sehr, sehr feinen Messgeräte, Jod-131, Cäsium-137 gemessen - in sehr kleinen Größenordnungen, also 0,0001 Becquerel pro m^3 , das ist weit unter jedem Grenzwert. Aber wir haben es gemessen. Das verteilt sich um die Erde. Waren das die Fragen? Unabhängige Messungen müsste SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales) machen.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM), es gab eine Frage von Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Ich würde gerne noch einmal darauf hinweisen, dass wenn die IAEA in Fukushima am Reaktor misst, diese Messung nicht brauchbar ist für die Entscheidung der Frage: „Wo muss man evakuieren?“. Ich vermisse die IAEA in Entfernungen von 20, 30, 40 km mit qualifizierten Messungen. Damit man auch von Seiten anderer Regierungen oder anderer Staaten sagen kann: Jetzt helfen wir dort oder wir helfen da. Die Frage, die noch im Raum stand, wer hat die gestellt?

Abg. Dorothea **Steiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soll ich wiederholen? Ich hatte eigentlich nach der Sicherheit, der Prognose für die Sicherheit des Sarkophags in Tschernobyl und der vermutlichen Abschirmung vor Strahlenbelastung gefragt.

SV Prof. Dr. med. Dr. h.c. Edmund **Lengfelder** (Otto Hug Strahleninstitut – MHM): Von Tschernobyl geht nach außen hin kein Risiko mehr aus, im Sinne einer Freisetzung. Zur Frage, was mit den Resten der Brennelemente passiert: Ich bin nicht ganz so optimistisch, was diesen Shelter Implementation Plan angeht. Ich habe da mehr das Gefühl, dass es sich um eine riesige Baumaßnahme handelt, die wirtschaftlich interessant ist, wenn man ein riesiges Bauwerk errichten kann. Ich denke, dass man gemeinsam, wenn man denn mit der IAEA oder mit der Weltgemeinschaft das Problem lösen will, effektivere und billigere Lösungen haben könnte und ich schließe mich

SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) an, dass man ein Endlager braucht. Damit so etwas vom Standort weggebracht wird und sicher für lange Zeit untergebracht werden kann. Dazu braucht man aber nicht so ein riesiges Gebäude. Es ist ja angedacht, eine riesige Halle, oder einen Halbbogen zu machen, diesen außerhalb zu bauen und dann auf Schienen darüber zu stellen, also wie einen riesigen Tonnenbahnhof. Der soll dann viele Milliarden kosten. Wir kennen Baufirmen, die sagen, wir warten bloß auf diesen Auftrag.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann bitte SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales). Es gibt noch eine Frage von Abg. Judith **Skudelny** (FDP).

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales): Wenn Sie mir erlauben, würde ich erst einmal noch zu dieser Frage bezüglich der Prognosen zur Sicherheit des Sarkophags eingehen. Es ist wichtig, zu verstehen, dass der damals innerhalb von sechs Monaten aufgebaute Sarkophag, der jetzt gewährleistet, dass Staub und andere radioaktive Stoffe nicht in die Außenwelt dringen, dass dieser Sarkophag unbedingt durch eine neue Schutzhülle ersetzt werden muss. Das ist eigentlich unumstritten. Von allen wird das so gesehen. Die Lösung, die jetzt hier gefunden und realisiert wurde, ich kann das auch noch einmal wiederholen, ist eine gemeinsame Lösung von ukrainischen und internationalen Experten und es geht darum, dass dieser Sarkophag, der damals nur eine Bauzeit, eine Standzeit von 20-25 Jahren hatte, inzwischen stabilisiert worden ist. Das ist von vielen auch verfolgt worden. Was dort für Anstrengungen unternommen worden sind. Der nächste Schritt ist ganz einfach der, dass man jetzt eine neue Hülle um diesen Sarkophag herum bringen muss, damit man dann all die weiteren Maßnahmen, von denen hier auch gesprochen wurde und die notwendig sind, realisieren kann. Sprich: den Rückbau des unsicheren Sarkophags und das Verbringen der ganzen radioaktiven Stoffe, die noch im Inneren des Sarkophags sind, in ein Endlager. Natürlich ist es dafür erforderlich, dass man ein Endlager schaffen muss. Daran arbeitet auch die ukrainische Seite. Das braucht aber alles seine Zeit. Deshalb gibt es eben die Festlegung, dass man hier jetzt auch entsprechende Zwischenschritte macht und die auch sozusagen teilweise schon realisiert sind

und teilweise weiter realisiert werden. Dazu gehört unter anderem, dass man ein oberflächennahes Endlager dort erst einmal gebaut hat. Das ist auch inzwischen in Betrieb genommen worden. Dazu gehört auch, dass man für die flüssigen Abfälle eine Verfestigungsanlage gebaut hat, die in diesem beziehungsweise zu Beginn des nächsten Jahres dann auch in Betrieb genommen werden soll. Dazu gehört auch, dass man für die festen Abfälle ebenfalls dann Entsorgungseinrichtungen entsprechend weiter errichtet und nutzt. Letztendlich gehört dazu auch, dass man die abgebrannten Brennelemente, die derzeit noch am Standort lagern, in einem Langzeitzwischenlager, in ein Trockenlager überführt, das es ermöglicht, auch über einen langen Zeitraum diese Brennelemente sicher zu verwahren.

Vorsitzende: Gut. Dankeschön. Wir haben jetzt noch eine Fragerunde. Ich würde mit Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU) beginnen.

Abg. Marie-Luise **Dött** (CDU/CSU): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Vielleicht ist es eine ganz naive Frage. SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales), Sie sind ja bei der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit und leiten die Abteilung Internationale Programme und Projekte. Wenn jetzt ein Fall wie Fukushima auftritt, wie werden Sie angefragt? Wie fing das an und wie fangen andere entsprechende Gesellschaften an, die es in anderen Ländern gibt? Wie wird da zusammengearbeitet? Wie muss ich mir das vorstellen?

Vorsitzende: Wir sammeln wieder. Die nächste ist Abg. Ute **Vogt** (SPD).

Abg. Ute **Vogt** (SPD): Danke. Ich hätte auch noch einmal eine Frage an SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales) in Bezug auf die Lagerung. Wo werden denn im Moment die regulären Abfälle gelagert? Es muss ja bereits jetzt schon ein Lager für atomare Abfälle geben, zumindest ein Zwischenlager? Wird das dann dazu gestellt? Plant man die vorhandenen Abfälle zu den jetzigen regulären Lagern dazu und in welchem Material wird gelagert? Also welche Bodenbeschaffenheit und welche Umgebungsbeschaffenheit haben die jetzt vorhandenen Lager?

Vorsitzende: Danke. Dann Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP).

Abg. Angelika **Brunkhorst** (FDP): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich habe auch eine Frage an SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales). Es hat eine sehr breite Berichterstattung gegeben und Bilder, die den Umfang der Zerstörung gezeigt haben. Der extreme Müll, der da rumliegt. Man spricht von 10 Jahren, die es dauern wird, um das alles wegzuschaffen. Es ist immer wieder auch darüber diskutiert worden, dass internationale Hilfe angeboten wurde, insbesondere auch von den Amerikanern, von der Erbauern der Kraftwerke. Diese Hilfe ist leider nicht so in Anspruch genommen worden. Muss man vielleicht ein bisschen mehr international auch Druck ausüben auf die Japaner, dass sie sich nun endlich auch einmal bereit erklären, sich in die Karten schauen zu lassen, gerade auf wissenschaftlich-technologischer Seite die Hilfe anzunehmen. Welche Möglichkeiten hat man da?

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.).

Abg. Ralph **Lenkert** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich hätte eine Frage an SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4): Inwieweit hat die Helmholtz-Gesellschaft die zwei verschiedenen genannten Strategien, die wir jetzt gerade hier hatten, zur sichereren Verwahrung von Tschernobyl bewertet? Sprich die Variante, dass man die radioaktiven Stoffe herausholt aus dem Sarkophag und sicher lagert, oder ob man einfach nur das Problem vertagen sollte, indem man einen neuen Sarkophag darüber baut, der irgendwann auch mit einem noch größeren neuen Sarkophag wieder geschützt werden müsste?

Vorsitzende: Dankeschön. Dann Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Eine Frage an SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.). Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Aufdeckung dieses Skandals, diese Abmachung zwischen WHO und IAEO. Was mit Sicherheit dazu beigetragen hat, dass auf globaler Ebene die Gefahren der Atomkraft eben nicht so bewusst sind, wie das hier bei uns der Fall ist. Meine Frage an Sie: Sind Ihnen

auch andere internationale Abmachungen oder Regelungen bekannt, die verhindern, dass über die Gefahren der Atomkraft objektiv und unabhängig berichtet wird? Was sonst noch so im Argen ist. Mir ist zum Beispiel aufgefallen, die Nuclear-Test-Ban Treaty Organization macht Strahlungsmessungen auf dem gesamten Erdball. Die Ergebnisse werden nur den Mitgliedstaaten mitteilt. Bei uns ist es das Auswärtige Amt. Die Bevölkerung oder die interessierte Öffentlichkeit bekommt davon nichts mit. Ich kann mir vorstellen, dass Sie da noch einige Vorstellungen haben. Herzlichen Dank.

Vorsitzende: Dankeschön. Dann SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales). Sie haben eine ganze Reihe von Fragen zu beantworten.

SV Dr. Hartmuth **Teske** (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Leiter der Abteilung Internationale Programme im Bereich Projekte und Internationales): Zum Ersten: Wie das aussieht, wenn sich so ein Störfall ereignet. Wie die GRS darauf reagiert. Wir haben als GRS einen sogenannten GRS-Notfallstab, der sich, sobald es so ein Ereignis gibt, in Abstimmung mit dem Bundesumweltministerium zusammensetzt. Das war auch jetzt der Fall bei Fukushima, dass wir sofort ab dem Ereigniseintritt organisiert haben. Dass wir versucht haben zu verstehen, was dort passiert, versucht haben, auf Basis der bereitgestellten Informationen zu bewerten, welche Ereignisabläufe zu erwarten sind. Dass dann die Informationen ausgetauscht werden. Der Austausch der Informationen erfolgt sowohl mit den Partnern, mit denen wir international in der regulären Zusammenarbeit zusammenarbeiten, als auch über die Kanäle der IAEA und anderer Stellen. Das ganze erfolgt abgestimmt mit dem Bundesumweltministerium, mit dem wir uns regelmäßig austauschen. Sie können das bei uns beispielsweise auf der Homepage auch sehen. Wir haben eine separate Homepage für dieses Ereignis eingerichtet. Die heißt www.fukushima.grs.de. Dort haben Sie in den ersten Tagen jeweils zwei oder drei Mal aktuelle Informationen vorfinden können, was der Informations- und Wissensstand als solches ist. Das ist auch heute noch so, dass wir mindestens ein Mal am Tag eine Aktualisierung des Status dessen, was wir haben, vornehmen. Natürlich läuft darüber hinaus auch die Abstimmung mit allen anderen Institutionen, auch mit SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4)

und anderen. Das ist eigentlich ordentlich organisiert. Dann gab es eine zweite Frage, die in die Richtung ging, wie lange es braucht, Hilfe anzunehmen in Fukushima und wie lange es auch dauern wird, dort jetzt die Aufräumarbeiten zu organisieren. Die möchte ich ganz gerne an SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4) weiterreichen. Meinerseits möchte ich bloß erwähnen, dass diese Arbeiten natürlich je nachdem wie die Strahlenbelastung ist, schneller oder weniger schnell gemacht werden können. Das ist in erster Linie immer das Kriterium. Was man vor Ort entsprechend machen kann, bedarf immer der Einschätzung, welches Personal ich zu welchem Zeitpunkt jetzt in die havarierte Zone zur Arbeit hineinschicken kann. Eine letzte Frage betraf die Situation bezüglich der Lagerung der Abfälle. Die Situation in Tschernobyl ist so, dass man für die flüssigen und die festen Abfälle, die an dem Standort existieren jetzt eine geordnete Endlagerstelle errichtet hat. Diese befindet sich in der Nähe, innerhalb der 30 km Schutzzone. Das ist ein Industriekomplex für die Abfallentsorgung. Die ganzen Materialien, die verfestigten, flüssigen Abfälle und die konditionierten festen Abfälle sollen zu diesem Standort verbracht werden. Das ist ein oberflächennahes Endlager, so wie es in der Ukraine nach deren Regularien zu errichten möglich ist. Ich weiß, und das ist auch das, was SV Wolodimir **Usatenko** (Tschernobyl-Liquidator, ehem. Abg. ukrainisches Parlament) gesagt hat, dass es darüber hinaus in der Ukraine Diskussionen darüber gibt, nicht nur dieses Endlager als solches wirklich als Endlager zu verstehen, sondern darüber hinaus nachzudenken, dass man ein geologisches Endlager schaffen sollte, sodass man gegebenenfalls diese Materialien, die jetzt zu diesem oberflächennahen Endlager gebracht werden, dann auch in dieses geologische Endlager schaffen könnte. Das sind Lagerhallen, Lagerstätten. Deswegen sagte ich, ein oberflächennahes Endlager. Ja das ist in Hallen de facto und in den Gebinden, die dort da sind. Sowas kann man natürlich in einer Sperrzone, in einer 30 km-Sperrzone sicherlich machen. Aber nach unserem Verständnis ist das gar keine Frage, dass man darüber hinaus weiter nachdenken muss, wie kommt man zu einem regulären Endlager. Die Frage bezüglich des Langzeitzwischenlagerns der abgebrannten Brennelemente in einem Trockenlager. Da ist von der Seite her auch sehr wichtig, dass die Brennelemente, die in Tschernobyl jetzt noch in einem Nasslager lagern, dass man die in ein Trockenlager bringt. Ich möchte nur daran erinnern. Wir sehen ja alle, wie das in Fukushima derzeit in den

Abklingbecken aussieht. Die Situation, dass man dort jetzt so schnell wie möglich eine Lösung findet, dass dieses Langzeitzwischenlager trockener Art jetzt funktionstüchtig wird, das muss unbedingt vorangebracht werden.

Vorsitzende: Dankeschön. SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4) war noch einmal gefragt.

SV Dr. Joachim **Knebel** (Karlsruher Institut für Technologie, Präsidium – Bereich 4): Die Frage an mich war, ob es intelligenter ist, die radioaktiven Stoffe aus dem Sarkophag herauszuholen und neu zwischenzulagern, einzulagern oder einen Sarkophag darüber zu bauen. Grundsätzlich gilt, dass wenn ich hoch radioaktive Stoffe langfristig oberflächennah zwischenlagern oder endlagern will, parktisch alle Wasserpfade, Luftpfade für den Austrag von Radioaktivität an die Umgebung unterbunden sein müssen. Das heißt, das kann ich nur dann sicherstellen, wenn das entsprechende Gebäude, wenn die entsprechenden Oberflächen definiert sind. Das heißt, wenn ich ein neues Gebäude errichte, dann weiß ich genau wie das aussieht. Dann kann ich das entsprechend den Einflüssen von außen, die ich erwarte, die auf das Gebäude eintreffen könnten, auslegen. Bei dem Sarkophag ist es beliebig schwierig. Zum Beispiel auch die Abdichtung von unten sicherzustellen. Von oben kann ich das sicher tun, von unten ist es nicht so einfach. Insofern ist es von der Sicherstellung des Einschlusses besser ein neues oberflächennahes Zwischenlager einzurichten, in welches die Stoffe gezielt verpackt eingebracht werden können. Dasselbe gilt wie gesagt auch für die Brennelemente, dass die aus der Nasslagerung in entsprechende Behälter, also Trockenlagerung gebracht werden. Die sind ja soweit abgeklungen, dass jetzt die Nachzerfallswärme über die Luftkühlung der Naturkonvektion abgeführt werden kann. Insofern ist es da, denke ich, zwingend erforderlich, die abgebrannten Brennelemente in Lagerbehälter zu verbringen. Das war, glaube ich, die Frage.

Vorsitzende: Gut, Dankeschön. Dann bitte noch SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.).

SV Dr. Angelika **Claußen** (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung, IPPNW e. V.): Das war die Frage von Abg. Dr. Hermann **Ott** (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN), ob mir andere internationale Abmachungen bekannt sind. Ich denke dabei an den NATO-Vertrag. Im Rahmen des NATO-Vertrages hat die Bundesrepublik Deutschland die nukleare Teilhabe inne. Sie hat aber gleichzeitig den Atomwaffensperrvertrag unterschrieben. Es ist ja, so sehe ich das, seit Jahrzehnten von eigentlich allen Fraktionen der Wille der Abgeordneten, der Menschen in Deutschland, unserer Bundeskanzlerin, dass wir keine Atomwaffen haben wollen. Es ist ja wirklich eine Überzeugung. Wir haben uns aber im Rahmen dieses NATO-Vertrages verpflichtet an dem Einsatz von Atomwaffen unter Umständen auch mit teilzuhaben. Dazu hat es meines Wissens auch mehrere Bundestagsdiskussionen gegeben. Ich kann Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier nur alle noch einmal ermutigen da einfach dran zu bleiben, die nukleare Teilhabe abzuschaffen, Wege zu finden wie das möglich ist. Weil Nuklearenergie und Nuklearwaffen zusammen gehören. Das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Ich möchte Sie wirklich ermutigen, das insgesamt zu sehen, Wege aus diesem nuklearen Erbe zu finden, möglichst schnell. Die IPPNW hat dazu eine Nuklearwaffenkonvention als Ersatz für den Atomwaffensperrvertrag vorgetragen, wo eben auch per Vertrag geregelt werden soll, wie alle Länder auf dieser Welt Schritt für Schritt aus diesem schrecklichen Erbe herausgeholt werden, wie wir aus dem Atomzeitalter herauskommen. Danke.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir sind am Ende der Anhörung. Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für Ihr Kommen, für Ihr Engagement. Ich denke, es war eine sehr wichtige Anhörung. Man sagt ja, man soll aus der Vergangenheit lernen. Wir werden das, denke ich, auch tun. Es gibt noch weitere Diskussionen. Ich denke Sie werden uns weiter zur Verfügung stehen. Dafür bedanke ich mich.

Schluss der Sitzung: 12:46 Uhr

Eva Bulling-Schröter, MdB
Vorsitzende

Horst Meierhofer, MdB
Stellv. Vorsitzender

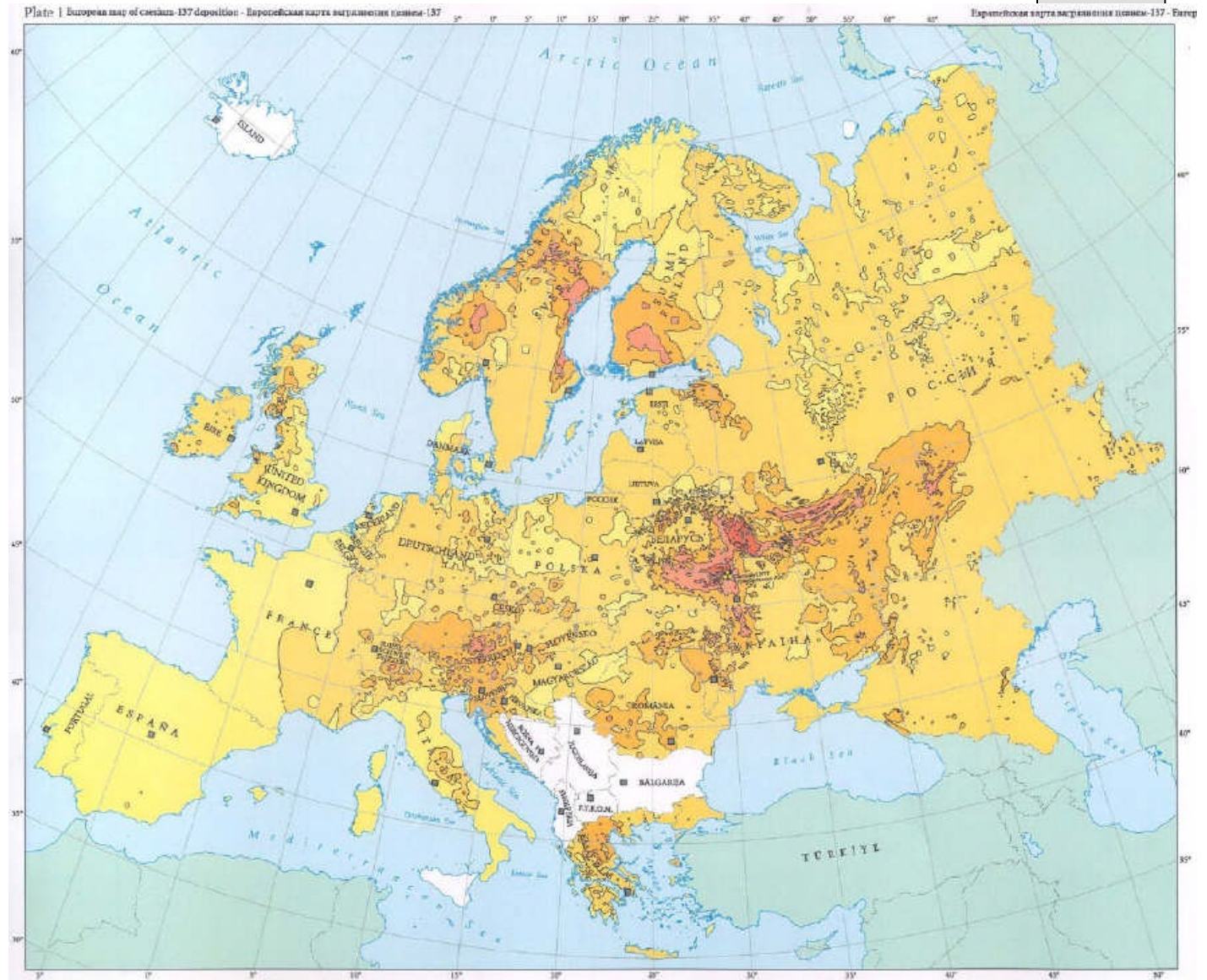
Der SuperGAU in Tschernobyl: 25 Jahre Erfahrung

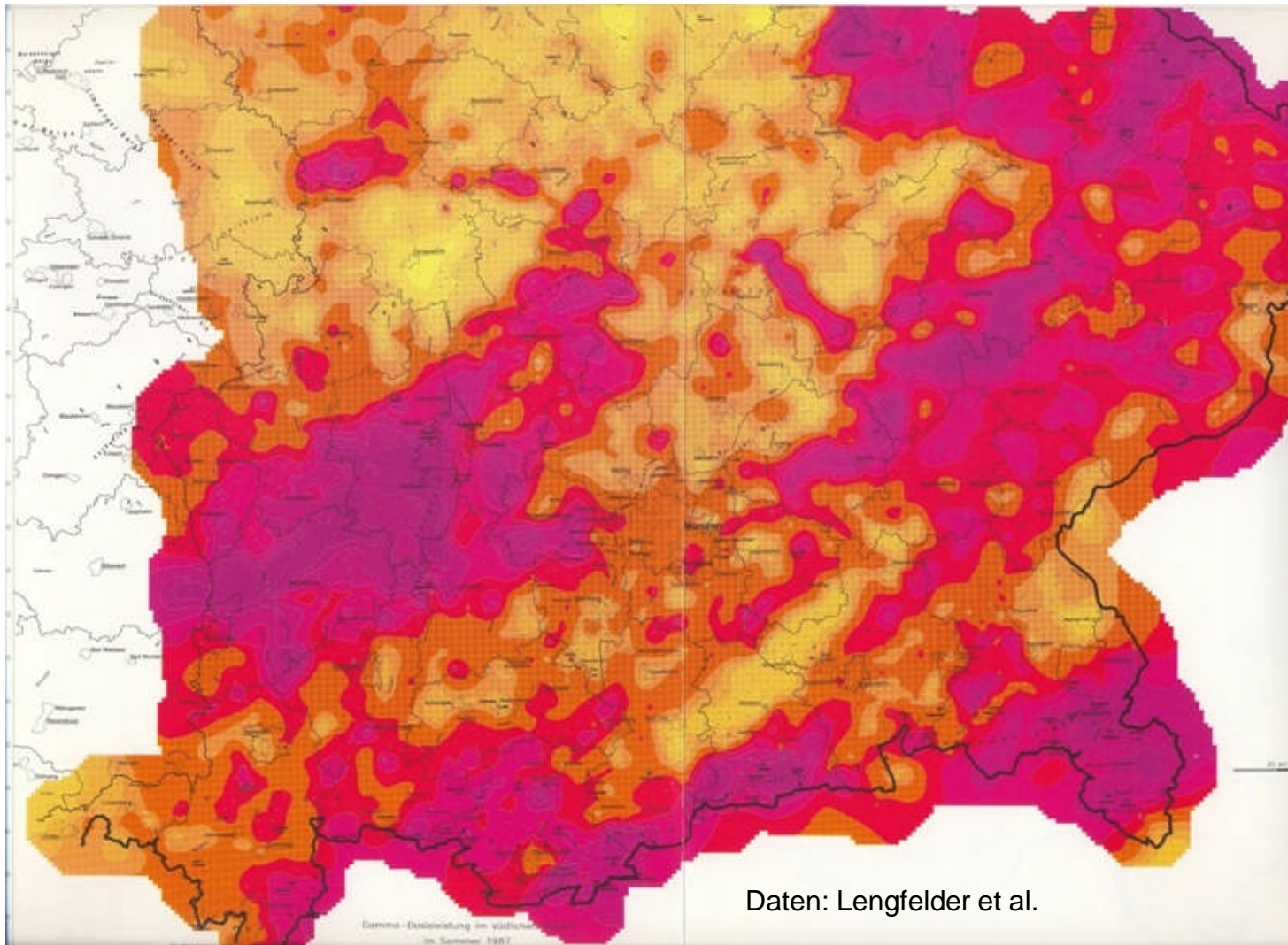
Edmund Lengfelder

Tschernobyl
26.04.1986

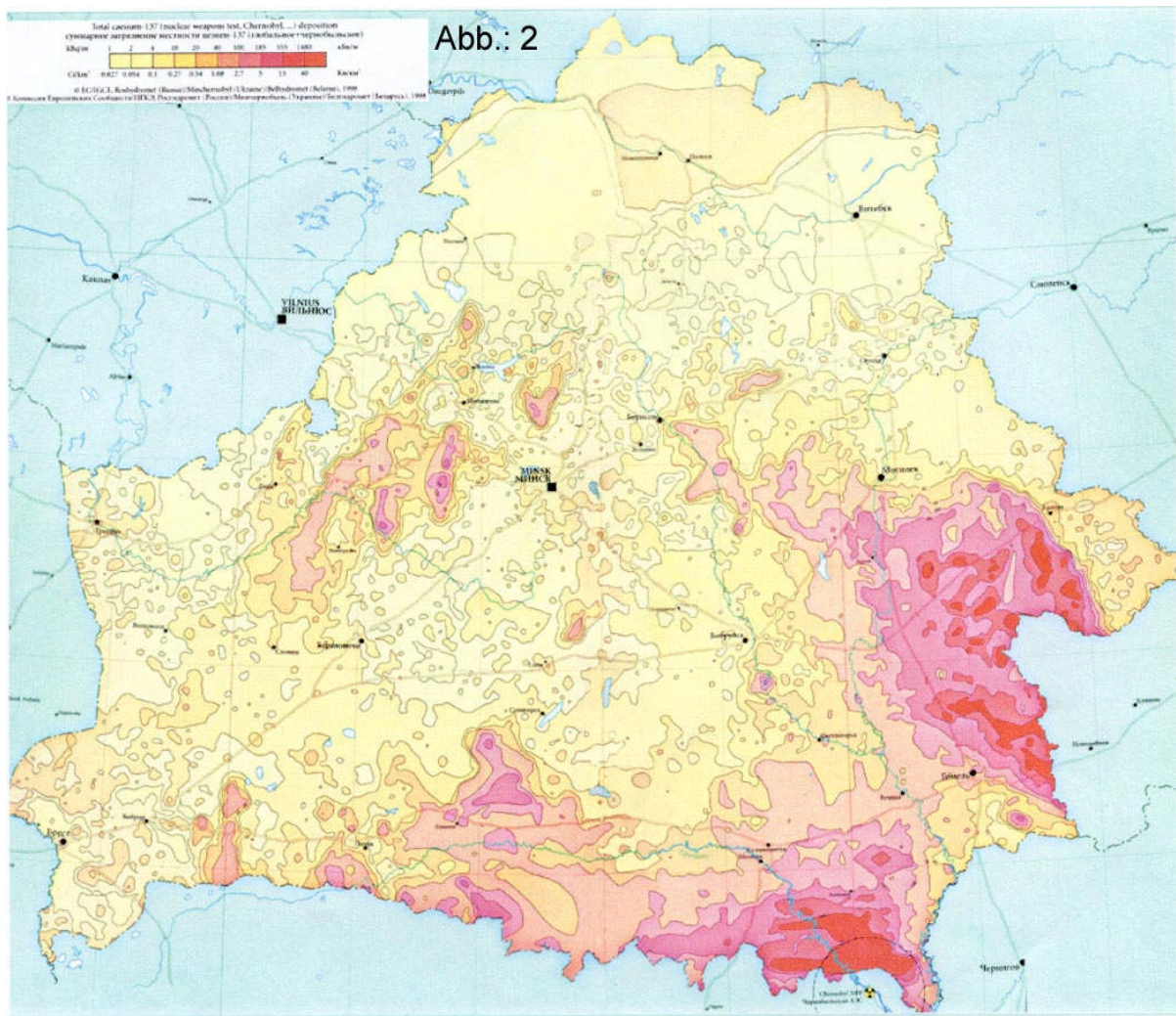


Von den Staaten
berichtete Verteilung
von Cs-137 durch
den Tschernobyl-
Fallout in Europa





Bodenstrahlung in Südbayern nach Tschernobyl (1987)



Verteilung des Tschernobyl-Fallout (Cs-137) in Belarus

Internationales Tschernobyl-Projekt 1989-1991

Leitung: IAEA

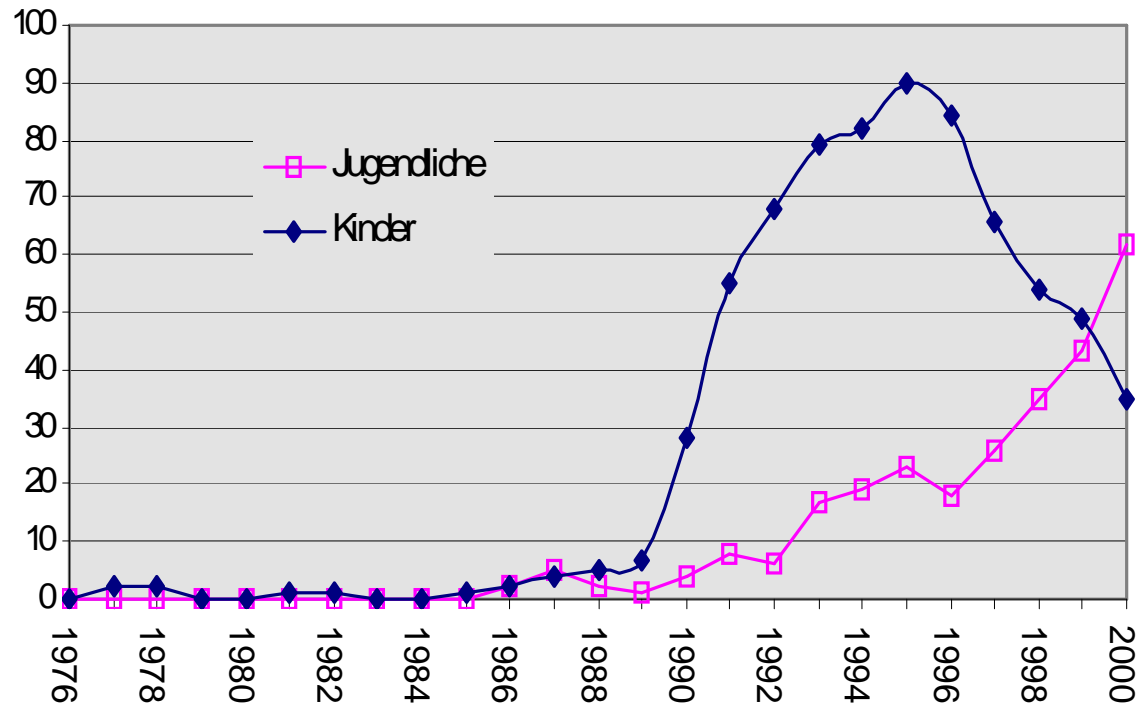
500 Wissenschaftler der Sowjetunion und
200 Wissenschaftler aus 25 westlichen Staaten,
die von ihren Regierungen ausgesucht waren,
untersuchten Tschernobyl-Folgen

Im Mai 1991 erklären die UN-Organisationen
IAEA, UNSCAER, FAO, WHO u. a.
auf einem Weltkongress:

**„Es gab keine Gesundheitsstörungen, die direkt einer
Strahlenbelastung zugeordnet werden konnten!“**

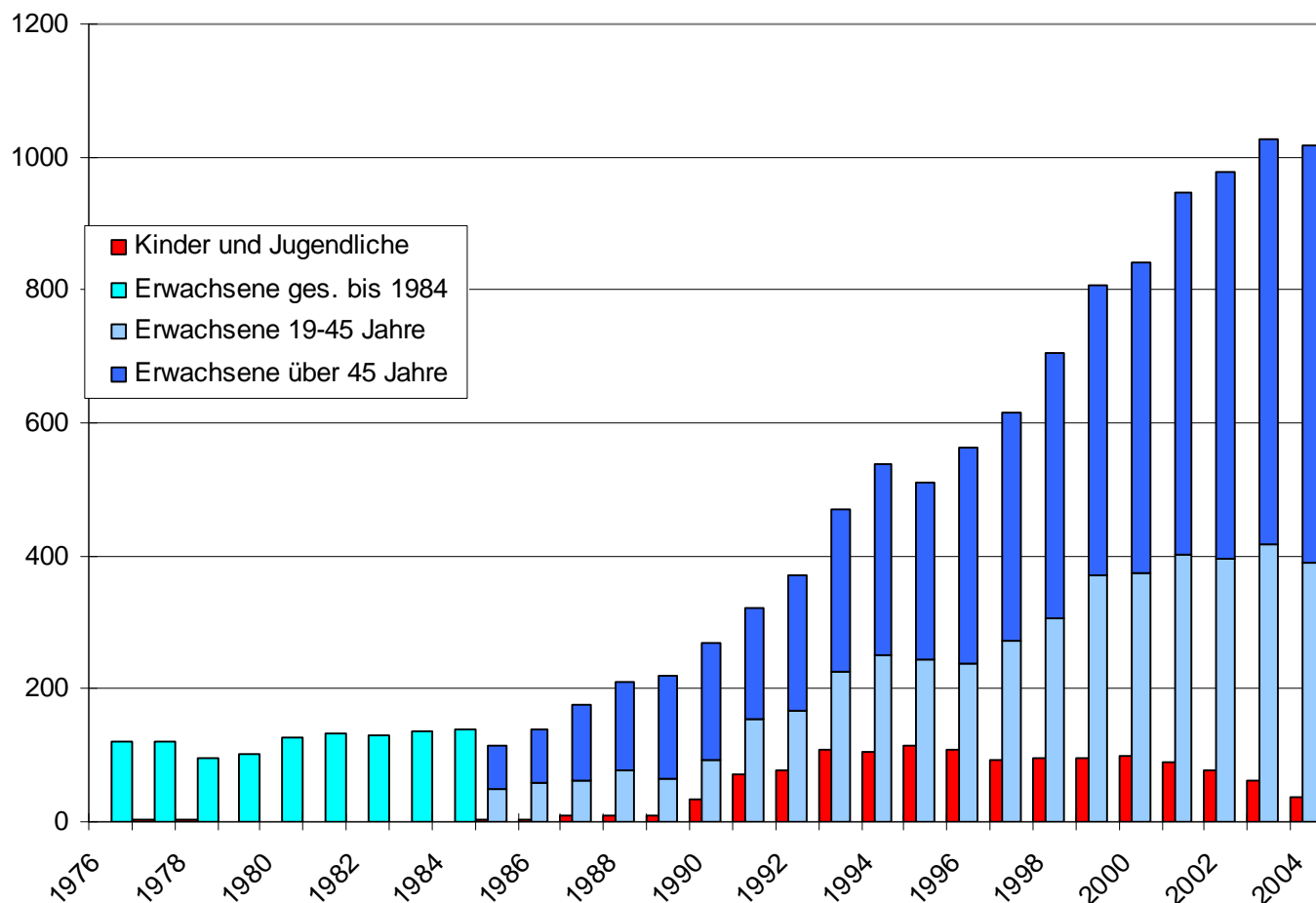
Seit 1991 bewiesen: Eine falsche Aussage
Seit 1996 bewiesen: Eine gezielte Lüge

Schilddrüsenkrebs in Belarus



In Belarus war im Jahr 1990 durch radioaktives Jod aus Tschernobyl die Zahl der Schilddrüsenkarzinomfälle bei Kindern bereits 30-fach höher als insgesamt in 10 Jahren vor Tschernobyl.

Inzidenz Schilddrüsenkrebs in Belarus 1976-2004



Quelle: Nationales Schilddrüsenzentrums Belarus und Otto Hug Strahleninstitut - MHM

Schilddrüsenkrebs nach der Tschernobyl-Katastrophe im Oblast Gomel, Belarus

Summe der jährlichen Neuerkrankungen in den verschiedenen Altersstufen.
Vergleich der Beobachtungszeiträume 13 Jahre **vor** und 13 Jahre **nach** dem
Reaktorunfall:

Alter	1973-1985	1986-1998	Zunahme
0-18	7	407	58-fach
19-34	40	211	5,3-fach
35-59	54	326	6-fach
60-64	63	314	5-fach
>64	56	146	2,6-fach

Inzidenz und Prävalenz des Schilddrüsenkrebses bei Erwachsenen in Gomel/Belarus im Vergleich mit europäischen Staaten

Länder	Einwohner in Mio.	Prävalenz je 100.000 EW	Inzidenz je 100.000 EW
Deutschland	82,5	14,45	3,54
Schweiz	7,8	13,49	3,62
Norwegen	4,8	15,04	3,75
Gebiet Gomel BY*	1,4	85,71	16,43

* Mittelwert der jährlichen Krankheitsrate für den Zeitraum 2006-2010

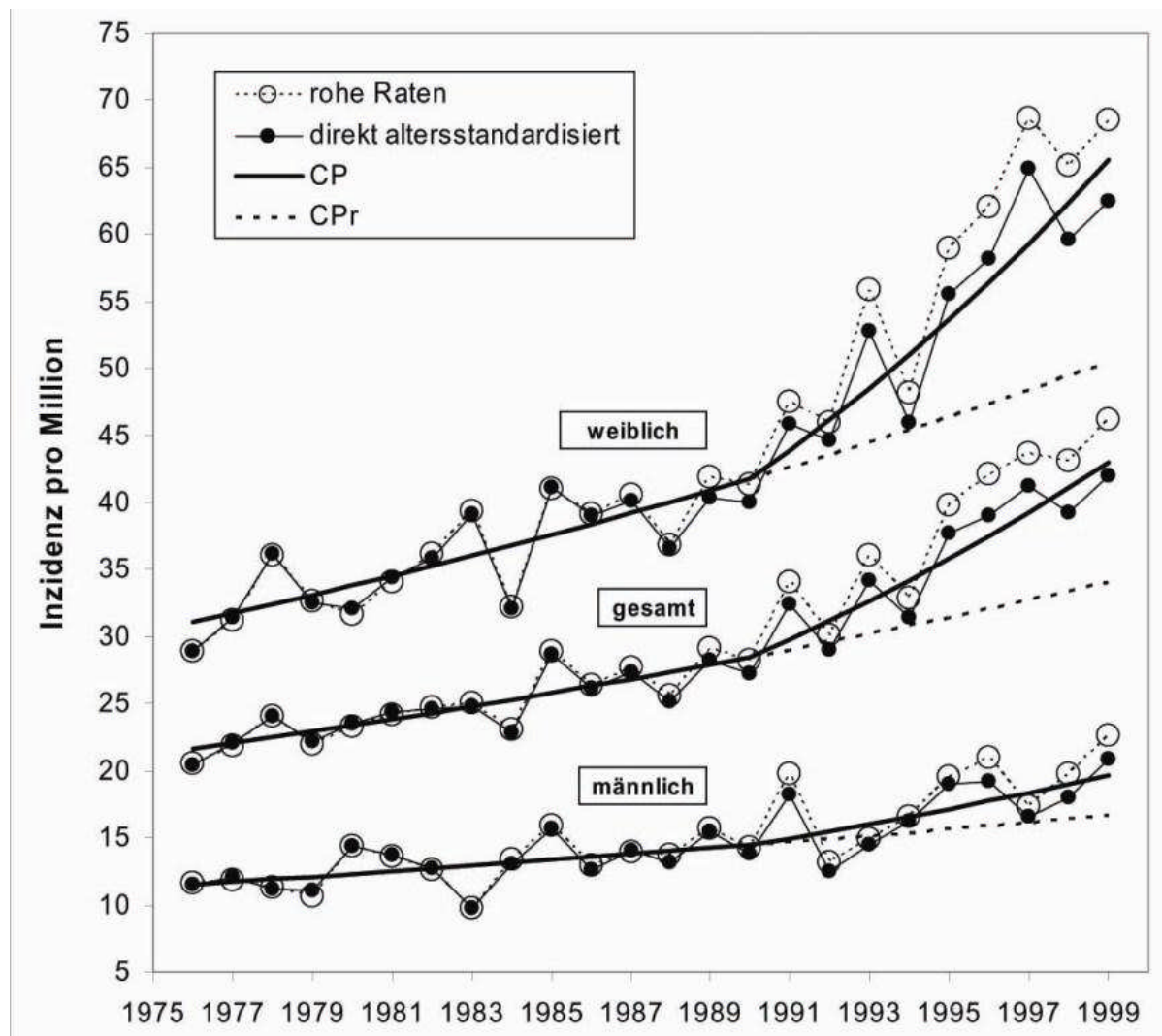
Das Otto Hug Strahleninstitut – MHM untersucht seit 1991 die Folgen von Tschernobyl in den strahlenbelasteten Regionen

Med. Projekte in Belarus

- 1992 Errichtung eines histopathologischen Laboratoriums am Onkologischen Dispensär in Minsk. Dort Diagnostik aller Schilddrüsen-Ca der Kinder und Jugendlichen von Belarus
Bis Ende 2004: 8500 Tumordiagnosen, 45 000 histol. Präparate
- 1993 Errichtung des Schilddrüsenzentrums Gomel:
Niveau einer westlichen Fachklinik
Bis Ende 2010: 160 000 Patienten, 460 000 Laboruntersuchungen
Seit 1998 Abteilung für Radiojod-Therapie

Anstieg der Schilddrüsenkrebsinzidenz in Tschechien nach Tschernobyl

247 Millionen Personenjahre



**Tschernobyl-Folgen:
Erklärungen von Mitgliedern der Strahlenschutzkommission,
des Beratergremiums der deutschen Regierung:**

Prof. Jacobi (Physiker, langjähriges Mitglied der deutschen Strahlenschutzkommission SSK) im Bayer. Fernsehen
26. April 1987:

„Wer an Krebs durch Tschernobyl stirbt, stirbt schon nicht mehr an anderen Ursachen, denn sterben müssen wir alle.“

Nach einem durch die Kohl-Regierung in Auftrag gegebenen Gutachten betragen die Schäden nach einem SuperGAU in Deutschland

4-6 Billionen Euro.

- Die **Fakten** über die Folgen von Tschernobyl müssen **weiterhin untersucht und der Bevölkerung offen mitgeteilt werden.**
- Die **Lügen** aus Politik und Wirtschaft müssen aufgedeckt und die **Lügner** offen benannt werden.

Erst dann kann die Bevölkerung entscheiden, ob sie mit der Bedrohung durch Atomenergie weiter leben will.



Vor dem Reaktor 4 in Tschernobyl (1990)



Im Kontrollraum des Reaktors 3 in Tschernobyl (1990)



Hilfsgüterkonvoi für Tschernobyl-Region in Belarus des Deutschen Verbands für Tschernobyl-Hilfe und des Otto Hug Strahleninstituts (1994)



Mädchen nach Schilddrüsenkrebs-OP in der Onkologischen Klinik Minsk



Labor im Schilddrüsenzentrums Gommel

25 Jahre lang haben internationale Organisationen wie IAEA oder UNSCEAR Tschernobyl-Folgen geschönt und vernebelt.

Im UNSCEAR-Bericht, Ausgabe 2011, steht in Absatz 70 weiterhin der Satz: *„Es gibt nur eine geringe Vermutung einer erhöhten Schilddrüsenkrebs-Inzidenz unter denen, die als Erwachsene in der allgemeinen Bevölkerung exponiert wurden.“*

4 Wochen nach dem SuperGAU in Fukushima wird die Öffentlichkeit weiterhin falsch informiert und die betroffene Bevölkerung in Japan nicht angemessen geschützt.

Müssen wir wirklich auf den SuperGAU in Deutschland warten, bis die Politik die richtigen Entscheidungen für Gesundheit und Wohlergehen trifft?

Danke für Ihr Interesse